

LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN

2022-2	InformationsBrief	Seite
Editorial	<i>Pfr. Dieter Kuller</i>	2
Brauchen wir eine Kirche?	<i>Pfr. Dieter Kuller</i>	2
Friedensethik auf dem Prüfstand	<i>Prof. Dr. DDr. h.c. Ulrich H.J. Körtner</i>	4
Auch der König beugt die Knie	<i>Pfr. Prof. Dr. Richard Schröder</i>	5
Die Selbstmarginalisierung des Christentums	<i>Prof. Friedhelm Jung</i>	8
„Leihmutterschaft“ – ein Liebesdienst?	<i>Alexandra Maria Linder</i>	10
China: Von roten, grauen und schwarzen Christen	<i>Meiken Buchholz</i>	11
So äußern sich Kirchen und Verbände über Homo-Partnerschaften:		13
Von der Zwietracht	<i>Dr. Elisabeth Brandt</i>	15
Bibel und Zeitgeist	<i>Bolko v. Bonin</i>	18
Nachrichten		19
Glaube, Bibel und Bekenntnis		19
Kein Platz für den Teufel?		19
Suizidbeihilfe kommt für Christen nicht infrage		20
Homosexuelle Christen sollten zölibatär leben		20
Kirche		21
Kirchenaustritte teils hausgemacht		21
Die EKD sendet fatales Signal		21
Kritik an neuer Missbrauchsaufarbeitung in Evangelischer Kirche		22
Ehe und Familie		23
Warum Scheidung keine Option sein sollte		23
Kinderhandel und Sklaverei – das Geschäft mit der Leihmutterschaft		23
Kampf für ungeborene Kinder		24
Zahl der erfassten Abtreibungen gesunken		24
Ein „Recht“ auf Abtreibung?		24
2.000 Teilnehmer beim „Münchener Marsch fürs Leben“		25
Nimmt die EKD die Aufweichung des Lebensschutzes klaglos hin?		25
Aufgelesen		26
Das ‚C‘ ist kein Wohlfühlfaktor, sondern ein Stachel		26
Literaturhinweise		27
Zum Nachdenken		27
In eigener Sache, Impressum		28

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

die täglichen Nachrichten mag man bald nicht mehr hören: Krieg in der Ukraine, Pandemie, Klimawandel, Inflation – und kein Ende in Sicht. Macht es da überhaupt Sinn über die Kirche nachzudenken? Auch von ihr gibt es ja seit Längerem mehr schlechte als gute Nachrichten. Dennoch scheint es mir notwendig, gerade jetzt dieses Thema zu bedenken. Die Kirche erinnert uns an das, was bleibt und was Paulus mit den Worten beschreibt: „Ich bin gewiss, dass weder Tod noch Leben, weder Engel noch Mächte noch Gewalten, weder Gegenwärtiges noch Zukünftiges, weder Hohes noch Tiefes noch irgendeine andere Kreatur uns scheiden kann von der Liebe Gottes, die in Christus Jesus ist, unserm Herrn“ (Rö 8,38f).

Wie üblich sind auch in diesem Infobrief wieder Meldungen zusammengestellt, die uns als Christen beschäftigen, von Selbstmarginalisierung des Christentums bis Gender-Ideologie. Auch hier gilt, was Paulus über Mächte und Gewalten schreibt: Gottes Liebe ist stärker als sie und auch stärker als unsere Zweifel. Gott sei Dank!

Ihr Pfarrer Dieter Kuller

Brauchen wir eine Kirche? *Pfr. Dieter Kuller*

Viele Menschen sind in den vergangenen Monaten aus der Kirche ausgetreten, nicht nur Katholiken auch viele evangelische Christen haben die Kirche verlassen. Anlass ist v.a. der Missbrauchsskandal, der bei vielen das Fass zum Überlaufen brachte. Sie wollten schon länger diesen Schritt tun, da ihnen der christliche Glaube nichts mehr bedeutet. Aber es gibt auch Kirchenmitglieder, denen der Glaube und die Kirche wichtig sind, die aber zu der derzeitigen Kirche kein Vertrauen mehr haben. Manche sagen offen, dass sie die Kirche nicht brauchen. Schließlich könnten sie selbst in der Bibel lesen und beten könnten sie auch allein im Kämmerlein, was Jesus ja in der Bergpredigt ausdrücklich empfohlen hat (Mt 6,6). Die Frage scheint also berechtigt: Brauchen wir eine Kirche?

Die Frage ist nicht neu. Im Laufe der Kirchengeschichte wurde viel darüber gestritten. Es ging v.a. darum welche Kirche wir brauchen. Das war auch die zentrale Frage in der Reformation. Ein wichtiger Hinweis findet sich bereits in Martin Luthers 95 Thesen. These 62 lautet: „Der wahre Schatz der Kirche ist das allerheiligste Evangelium von der Herrlichkeit und Gnade Gottes.“ Kirche hat etwas mit dem Evangelium zu tun und das finden wir in der Heiligen Schrift. Genügt es dann nicht, die Heilige Schrift mit dem Evangelium zu haben? Wozu brauchen wir dann noch die Kirche?

Ursprung und Auftrag der Kirche

Ein Blick in das Neue Testament kann weiterhelfen. Im Urtext steht hier das griechische Wort ‚Ekklesia‘. Dafür gibt es zwei Übersetzungen: ‚Kirche‘ und ‚Gemeinde‘. Das bedeutet, wo im Urtext das Wort ‚Ekklesia‘ steht, steht in der deutschen Übersetzung entweder ‚Kirche‘ oder ‚Gemeinde‘, wie etwa Mt 16,16, wo Jesus auf das Bekenntnis des Petrus antwortet: „Du bist Petrus und auf diesen Felsen will ich meine Gemeinde bauen“ (revidierte Lutherübersetzung 2017) oder „Auf diesen Felsen will ich meine Kirche bauen“ (Einheitsübersetzung von 1972). Beide Übersetzungen sind möglich, d. h. die Bibel unterscheidet nicht zwischen ‚Kirche‘ und ‚Gemeinde‘. Was für die Gemeinde gilt, gilt auch für die Kirche und umgekehrt. Gemeinden können nun aber sehr unterschiedlich sein. Denken wir z.B. an die Domgemeinde in München, die sich mit dem Kardinal in der Frauenkirche versammelt und im Vergleich dazu an eine

unter Verfolgung leidende Gemeinde in Nigeria, die sich heimlich in einem Hinterzimmer trifft. Was verbindet diese beiden Gemeinden? In der Apostelgeschichte findet sich die Beschreibung der ersten christlichen Gemeinde. Sie entstand in Jerusalem im Anschluss an die Pfingstpredigt des Apostels Petrus. Ihre Kennzeichen sind Taufe, Predigt, Abendmahl und Gebet (Apg 2,38-42). An diesen Kennzeichen hat sich in 2000 Jahren nichts geändert. Sie gelten für die ganze Kirche und in jeder christlichen Gemeinde in allen Ländern dieser Erde. Wo das Evangelium gepredigt, Taufe und Abendmahl gefeiert und gebetet wird, da ist Kirche.

Biblische Bilder für die Kirche

Im Neuen Testament gibt es viele Bilder für die Kirche bzw. die christliche Gemeinde. Jesus nennt sie „das Salz der Erde“ (Mt 5,13) und „das Licht der Welt“ (Mt 5,14) und vergleicht die Gemeinde mit „den Schafen, die ihres Hirten Stimme kennen“ (Joh 10,4). Paulus schreibt von der Gemeinde als „Gottes Ackerfeld und Gottes Bau“ (1. Kor 3,9). Im 1. Petrusbrief ist die Gemeinde ein „ausgewähltes Geschlecht“ und „ein heiliges Volk“ (1. Petr 2,9). Alle diese Bilder machen eins deutlich: die Gemeinde oder Kirche sind kein Selbstzweck, jede Gemeinde ist auf Jesus Christus und Gott ausgerichtet. Die Gemeinde feiert nicht sich selbst, sie kommt nicht zusammen, um sich selbst zu erbauen, sondern sie ist da, weil Gott gegenwärtig ist. Gewiss ist Gott überall gegenwärtig, aber wir können ihn weder hören noch sehen. In der versammelten Gemeinde begibt er sich auf unsere Ebene, in seinem Sohn Jesus Christus wird Gott sichtbar: „Das Wort ward Fleisch und wohnte unter uns“ (Joh 1,14).

Die Frage „brauchen wir eine Kirche?“ ist falsch gestellt. Wer so fragt, weiß nicht, was Kirche ist. Die ‚Confessio Augustana‘ von 1530 definiert die Kirche als „die Versammlung aller Gläubigen, bei denen das Evangelium rein gepredigt und die heiligen Sakramente (Taufe u. Abendmahl) laut dem Evangelium gereicht werden“ (EG, S. 1567). Indem das geschieht, wird die Gemeinde zum ‚Salz der Erde‘ und ‚Licht der Welt‘, zur ‚Herde des guten Hirten‘, zu ‚Gottes Ackerfeld und Gottes Bau‘, sie wird zum ‚ausgewählten Geschlecht‘ und zum ‚heiligen Volk‘.

Das bleibende Angebot der Kirche

Ob wir eine Kirche brauchen oder nicht, haben nicht wir zu entscheiden. Die Frage an uns lautet, ob wir bereit sind, das anzunehmen, was uns in und mit der Kirche gegeben wird. In den 2000 Jahren ihres Bestehens gab und gibt es bis heute viele Fehlentwicklungen und Missbrauch in der Kirche, trotzdem war und ist sie die einzige Institution, die nach Jesus und den Jüngern die biblische Botschaft durch die Zeiten bewahrt und weitergegeben hat, trotz Verfolgung von außen und Kämpfen und Spaltungen innerhalb der Gemeinden. Jesus verheißt ihr bleibenden Bestand: „Die Pforten der Hölle sollen sie nicht überwältigen“ (Mt 16,18).

Die Losung für das Jahr 2022 steht im Johannesevangelium. „Jesus Christus spricht: „Alles, was mir der Vater gibt, das kommt zu mir; und wer zu mir kommt, den werde ich nicht abweisen“ (Joh 6,37). Aber wie und wo kommen wir zu Jesus Christus? Dafür gibt es die Kirche. In seiner Vorlesung über das 1. Buch Mose nennt Martin Luther die Kirche „die Pforte zum Himmel“ und schreibt dazu: „Die Kirche ist die Wohnung Gottes auf Erden, aber nicht, damit wir auf Erden verharren, vielmehr werden die Sakramente deshalb gereicht, wird das Wort deshalb gepredigt, damit wir ins Himmelreich kommen und durch die Kirche in den Himmel gelangen“ (WA 43, 601).

Friedensethik auf dem Prüfstand *Prof. Dr. DDr. h.c. Ulrich H.J. Körtner*

(div.) Europa und Deutschland stehen vor den Trümmern ihrer Russland- und Sicherheitspolitik. Schon der Krieg gegen Georgien 2008 sowie die völkerrechtswidrige Annexion der Krim 2014 und das militärische Eingreifen prorussischer Separatisten in der Ostukraine (Donezk, Lugansk), stellten die Friedensordnung in Europa in Frage. Mit seinem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat der russische Präsident Putin die nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, dem Zerfall und schließlich offiziellen Auflösung der Sowjetunion entstandene neue Sicherheitsordnung unwiderruflich zerstört.

Der Ukraine-Krieg stellt die evangelische Friedensethik der letzten Jahrzehnte auf den Prüfstand. Ihr ökumenisches Kernstück besteht in der biblisch begründeten Lehre vom gerechten Frieden, durch welche die klassische Lehre vom gerechten Krieg abgelöst wurde. Während die Deutsche Bischofskonferenz Waffenlieferungen an die Ukraine mit der katholischen Friedensethik für vereinbar hält, tut sich die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) damit schwer. Zwar hält auch die Ratsvorsitzende der EKD, die westfälische Präses Anette Kurschus, Waffenlieferungen für ethisch vertretbar, der Friedensbeauftragte der EKD, der Magdeburger Landesbischof Friedrich Kramer, lehnt Waffenlieferungen hingegen strikt ab und nimmt eine radikal pazifistische Position ein, die letztlich darauf hinausläuft, der Ukraine zur Kapitulation zu raten.

Während die ukrainische Regierung Deutschland inständig um militärische Unterstützung bittet, argumentiert Kramer, gerade wegen der deutschen Geschichte und deutscher Kriegsverbrechen während des Zweiten Weltkriegs in der Ukraine dürften unter keinen Umständen deutsche Waffen an das von Russland angegriffene Land geschickt werden. Wirtschaftssanktionen seien hingegen vertretbar, weil sie "keine militärischen, zerstörerischen, tödlichen Konsequenzen" hätten.

Das Beispiel zeigt, wie eine pazifistische Gesinnung in Zynismus umschlagen und aus der Geschichte die falschen Lehren gezogen werden können.

Auch die EKD-Friedensdenkschrift lehnt ein Recht des Stärkeren ab

Seit der Denkschrift von 2007 hat sich die Friedensethik der EKD immer mehr in eine radikalpazifistische Richtung entwickelt, wie sich besonders an der Kundgebung der EKD-Synode 2019 "Kirche auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens" zeigte. Die Mitglieder der Synode haben sich selbst auf einen konsequenten "Weg der Gewaltfreiheit" verpflichtet. Man wolle Jesus mit "aktivem Gewaltverzicht" folgen. Die politisch Verantwortlichen werden aufgerufen, "militärische Gewalt zu überwinden". Statt in Rüstung solle das Geld in Krisenprävention, Entwicklungspolitik und gewaltfreie Konfliktbearbeitung gesteckt werden. Andere Dokumente aus der EKD und ihrer Gliedkirchen gehen in die gleiche Richtung.

Dagegen heißt es in der Barmer Theologischen Erklärung von 1934, die heute nach wie vor (doch) in allen Landeskirchen in Geltung steht: "Die Schrift sagt uns, dass der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen."

Wie illusorisch die in der EKD verbreitete pazifistische Vision ist, zeigt nicht erst Putins Angriff auf die Ukraine. Dabei hat die Friedensdenkschrift von 2007 ausdrücklich erklärt: "Bei schwersten, menschliches Leben und gemeinsam anerkanntes Recht bedrohenden Übergriffen eines Gewalttäters kann die Anwendung von Gegengewalt

erlaubt sein, denn der Schutz des Lebens und die Stärke des gemeinsamen Rechts darf gegenüber dem ‚Recht des Stärkeren‘ nicht wehrlos bleiben.“

Auch Martin Luther hat zwar Angriffskriege verurteilt, Verteidigungskriege aber gerechtfertigt. Ein Christ solle zwar grundsätzlich auf Gewalt verzichten, aber um des Nächsten willen könne die Anwendung von Gewalt geboten sein, wenn etwa das Leben von Unschuldigen und Wehrlosen geschützt werden müsse. Gegen das 5. Gebot verstoße nicht nur, wer einen anderen angreift oder gar töte, sondern auch der, der tatenlos dem Angriff auf Unschuldige und ihrer Tötung zuschaut.

Die Entscheidung der deutschen Bundesregierung, die Ukraine auch durch Waffenlieferungen und nicht allein durch Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu unterstützen, halte ich vor diesem Hintergrund ebenso für ethisch vertretbar wie die Kurskorrektur bei der Ausstattung der Bundeswehr. Wer militärische Mittel - im Sinne der EKD-Friedensdenkschrift von 2007 als Ultima ratio - nicht ausschließt, muss auch die Beschaffung und Bereitstellung der erforderlichen Mittel befürworten. Auch ist ein neues Verständnis für Geopolitik zu entwickeln, zu der immer auch eine militärische Komponente gehört.

Die Bereitschaft zum Dialog, der Einsatz für Versöhnung und eine glaubhafte Verteidigungsbereitschaft schließen einander nicht aus. Wer im Geiste Christi dem Frieden dienen will, weiß, dass zwischen dem Frieden Gottes und innerweltlichem Frieden zu unterscheiden ist.

(Prof. Dr. Körtner ist Ordinarius für Systematische Theologie an der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Universität Wien. Er ist Rechtsritter des Johanniterordens und war 2012-2018 Vorsitzender des Kuratoriums der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen der EKD)

Auch der König beugt die Knie Pfr. Prof. Dr. Richard Schröder

(IDEA) Die Stiftung Humboldt Forum, die im wiedererrichteten Berliner Stadtschloss untergebracht ist, will sich auf einer Bronzetafel von dem Kreuz und der biblischen Umschrift an der Kuppel distanzieren; sie will auf dem Dach des Schlosses vor dem Kuppelbau eine Tafel anbringen auf der es unter anderem heißt: „Alle Institutionen im Humboldt Forum ... verstehen die Kuppel als bauhistorisches Zitat im Rahmen der Schlossrekonstruktion.“ Das ist treffend gesagt. Denn der einzige Grund dafür, dass die Kuppel mit Kreuz und einer Umschrift aus zwei Bibelziten wiedererrichtet wurde, sind Beschlüsse des Deutschen Bundestages, die historischen Fassaden des Schlosses einschließlich der Kuppel originalgetreu zu rekonstruieren. Die Kuppel wurde schlicht deshalb mit Kreuz und Inschrift versehen, weil es sich um einen Sakralbau handelte. Friedrich Wilhelm IV. (König von Preußen, †1861, die Red.) hatte dort eine neue Schlosskapelle errichten lassen.

Unangenehme Erinnerungen

Die Kritiker von Kreuz und Inschrift wenden ein: Aber heute befindet sich dort kein Sakralbau. Kuppelkreuz und Bibelinschrift passen zudem nicht zur heutigen Aufgabe des Humboldt Forums: Dialog der Kulturen. Das stimmt, gilt aber für das gesamte Bildprogramm der Schlossfassade, die feudal-absolutistischen und nicht demokratischen Vorstellungen folgt. Dies Problem tritt aber immer auf, wenn herrschaftliche Schlösser zu bürgerlichen Kultureinrichtungen umgewidmet werden, wie es überall in Europa unzählige Male lautlos geschehen ist. Der Louvre in Paris ist wohl das prominenteste Beispiel.

Mit so unaufgeregten Erklärungen gibt sich das Humboldt Forum nicht zufrieden. Es verortet den Kapellenbau klassenkämpferisch in den Auseinandersetzungen der Märzrevolution von 1848 und frisiert die Ereignisse entsprechend. Zum Schluss distanzieren sich „alle Institutionen im Humboldt Forum ausdrücklich von dem Allgemeingültigkeits- und Herrschaftsanspruch“ – nicht des preußischen Königs, sondern „des Christentums, den die Inschrift zum Ausdruck bringt“. Wer in der DDR seines christlichen Glaubens wegen benachteiligt wurde, dem kommen bei dieser Tonart unangenehme Erinnerungen. Die Rolle von Christen in der Herbstrevolution 1989 will auch nicht so recht zum Herrschaftsanspruch „des Christentums“ passen.

Frei erfundener Zusammenhang

Wenn das Humboldt Forum schreibt, es habe einen Zusammenhang zwischen dem Neubau der Schlosskapelle und der Verfassungsfrage gegeben, ist das frei erfunden. Alle Burgen und Schlösser Europas hatten wohl eine Kapelle, als private Hauskirche für den Hof, also die Familie des Schlossherrn. Auch vermögende Bürger hatten Andachtsräume und Bauern den Herrgottswinkel. Mit der engen Verbindung von Thron und Altar in den protestantischen Ländern, die sich aus dem Augsburger Religionsfrieden von 1555 ergab, hatte die Schlosskapelle nichts zu tun.

Übrigens stimmt es zwar, dass Friedrich Wilhelm IV. den von der preußischen Nationalversammlung am 26. Juli 1848 vorgelegten Verfassungsentwurf abgelehnt hat. Es stimmt auch, dass er grundsätzliche Vorbehalte gegen eine Verfassung hatte. Es stimmt aber nicht, dass der König mit Berufung auf das Gottesgnadentum jede Verfassung abgelehnt hätte. Er hat mit dem Parlament über einen gemeinsamen Verfassungstext verhandeln lassen, aber ergebnislos. Darauf hat er einseitig am 5. Dezember 1848 seinen Ländern eine Verfassung oktroyiert, auf die er in revidierter Form 1850 einen Eid abgelegt hat. Diese Verfassung war nicht demokratisch, aber sie enthielt durchaus einiges, was auch den Erwartungen der damaligen Liberaldemokraten entsprach, etwa einen Teil über Grundrechte. Deshalb betrachteten viele diese „Verfassung von oben“ als halben Erfolg.

Es ist schlicht falsch, einen prinzipiellen Gegensatz zwischen der Monarchie mit Verfassung (konstitutionelle Monarchie) und dem Gottesgnadentum zu konstruieren. Die britische und die dänische Königin führen bis heute den Titel *Dei gratiâ* (von Gottes Gnaden), sind aber unstrittig Staatsoberhäupter perfekter Demokratien.

Kein übergriffiger Herrschaftsanspruch

Wenn man die beiden ausgewählten Texte in ihrem biblischen Zusammenhang betrachtet, sagen sie etwas darüber, wie Friedrich Wilhelm IV. seinen Herrschaftsanspruch verstand. Der erste Text aus Apg 4,12 erzählt, Petrus habe in Begleitung des Johannes einen Lahmen am Tempeltor geheilt, dadurch Aufsehen erregt und sei verhaftet worden. Vor dem Hohen Rat sei er gefragt worden, in wessen Namen er gehandelt habe. Er antwortet: „In keinem anderen ist das Heil, auch kein anderer Name unter dem Himmel den Menschen gegeben, durch den wir sollen selig werden.“ Hier spricht ein Verfolgter, der sich von den Herrschenden nicht den Mund verbieten lässt.

Der zweite Text aus Phil 2,10 stammt aus einem Hymnus, den Paulus zitiert. Es heißt dort, Jesus Christus habe sich erniedrigt bis zum Tode am Kreuz. „Darum hat ihn auch Gott erhöht und hat ihm den Namen gegeben, der über alle Namen ist, dass in dem Namen Jesu sich beugen sollen aller derer Knie, die im Himmel und auf Erden und unter der Erde sind, und alle Zungen bekennen sollen, dass Jesus Christus der Herr ist, zur Ehre Gottes.“ Der Text handelt davon, dass Gott den gekreuzigten Jesus zum Herrn

des Kosmos erhöht habe, dem alle Mächte ihre Referenz erweisen. Für das Verständnis des königlichen Herrschaftsanspruchs besagt dieser Text: Auch der König beugt vor Jesus seine Knie.

Tatsächlich hat Friedrich Wilhelm IV. sein Gottesgnadentum als von Gott verliehene und nur geliehene Herrschaftsbefugnis verstanden, für die er ihm rechenschaftspflichtig bleibt. Uns wäre Schreckliches erspart geblieben, wenn die Herrschenden diese Gewissensbindung auch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts durchgehalten hätten.

In ihrem ursprünglichen Kontext jedenfalls lassen die beiden Texte einen übergriffigen christlichen Herrschaftsanspruch nicht erkennen. Bereits 1613 wurde übrigens in Brandenburg der Grundsatz „Cuius regio eius religio“ (wessen Gebiet, dessen Religion) aufgegeben. Das Allgemeine Preußische Landrecht gewährte ab 1794 „die vollkommene Glaubens- und Gewissensfreiheit“. In der vom König beeideten preußischen Verfassung von 1850 hieß es: „Die Freiheit des religiösen Bekenntnisses, der Vereinigung zu Religionsgemeinschaften und der gemeinsamen häuslichen und öffentlichen Religionsausübung wird gewährleistet. Der Genuss der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte ist unabhängig von dem religiösen Bekenntnisse.“

Falsch verstandene Toleranz

Der Alleingültigkeitsanspruch des Christentums wird in der Erklärung des Humboldt Forums wohl deshalb zurückgewiesen, weil er als Diskriminierung der anderen Religionen angesehen wird, deren Gültigkeitsanspruch dadurch bestritten werde. Das gilt wohl als undemokratisch und ungerecht und Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz. Dagegen müsse gelten: Alle Religionen sind gleichwertig und gleich wertvoll. Das ist sicher gut gemeint, aber nicht durchdacht und schlecht beobachtet.

Alle Religionen erheben für ihre Anhänger Alleingültigkeitsansprüche – und nicht nur sie. Jeder, der von irgendetwas überzeugt ist, versucht, auch andere davon zu überzeugen. Wer sagt: „Die Kuppelinschrift muss weg!“, fügt nicht hinzu: „Sie kann aber auch bleiben.“ Der entscheidende Unterschied liegt immer in der Methode: allein durchs Wort oder auch durch Zwang.

Es gibt unstreitig auch eine traurige Geschichte der Gewalt in der Geschichte des Christentums, die wohl mit der Konstantinischen Wende im 4. Jhdt. beginnt, also der Protektion und Instrumentalisierung der Kirche durch den Staat. Das rechtfertigt aber nicht, „dem Christentum“ einen wesenseigenen Herrschaftsanspruch zu unterstellen. Das Neue Testament kennt keine Weltherrschaftsermächtigung für Christen und auch keine Aufforderung zur Unterwerfung Ungläubiger. Vielmehr wird den Christen öfters Verfolgung um ihres Glaubens willen in Aussicht gestellt. Jesu Botschaft ist herrschaftskritisch und lehnt Gewalt ab, wie besonders die Bergpredigt dokumentiert (Mt 5 f). *„Ihr wisst, die als Herrscher gelten, halten ihre Völker nieder, und ihre Mächtigen tun ihnen Gewalt an. Aber so ist es unter euch nicht; sondern wer groß sein will unter euch, der soll euer Diener sein“* (Mk 10,42 f. par.). *„Mein Reich ist nicht von dieser Welt“* (Joh 8,36).

Die Distanzierung des Humboldt Forums vom Alleingültigkeits- und Herrschaftsanspruch des Christentums ist wohl gemeint als Distanzierung vom Kolonialismus „christlicher“ Europäer und dessen Verbindung mit christlicher Mission. Mit der Kuppelinschrift und den Intentionen Friedrich Wilhelms IV. hat beides aber nichts zu tun.

Das Christentum will keine „Welt“-Herrschaft

Die 2,3 Milliarden Christen heute sind überwiegend „Persons of Colour“, also keine „Weißen“ und schon gar nicht Europäer. Allein in Nigeria leben doppelt so viele

Christen wie in Deutschland. Wenn von denen einige ins Humboldt Forum kommen, werden sie erstaunt oder gar verbittert sein darüber, dass ihnen als Christen zum Willkommen ein übergriffiger Herrschaftsanspruch unterstellt wird. Für viele steht das zudem in krassem Gegensatz zu ihren heimatlichen Erfahrungen. Christen werden nämlich weltweit am häufigsten unter allen Religionsangehörigen ihres Glaubens wegen verfolgt. Um dergleichen wahrzunehmen, muss man allerdings seinen Horizont über die Grenzen des saturierten und befriedeten Deutschlands hinaus erweitern.

(Richard Schröder, Theologieprofessor em., ist Vorsitzender des Fördervereins Berliner Schloss. Er war in der letzten, frei gewählten DDR-Volkskammer Fraktionsvorsitzender der SPD und von 2003 bis 2018 Vorstandsvorsitzender der Deutschen Nationalstiftung.)

Die Selbstmarginalisierung des Christentums Prof. Friedhelm Jung

(IDEA) Der Abwärtstrend bei den Mitgliederzahlen der evangelischen Landeskirchen hält an. Laut EKD-Statistik sind erstmals weniger als 20 Millionen Menschen Mitglied. 2021 verzeichneten die Landeskirchen einen Mitgliederrückgang von 2,5%. Neben den demografischen Faktoren (mehr Sterbefälle als Taufen) spielen vor allem hausgemachte Probleme eine Rolle.

In den letzten 200 Jahren ist der gesamtgesellschaftliche Einfluss des Christentums in Europa kontinuierlich zurückgegangen. Dies hängt zum Teil mit äußeren Einflüssen zusammen, von denen die Kirchen überrascht wurden. Vor allem durch die Aufklärung und den Rationalismus sowie durch die im 19. Jhd. entstandene Evolutionstheorie und den in ihrem Gefolge erstarkten Atheismus ist die Haltung weiter Gesellschaftsschichten kirchenkritisch geworden. Doch nach dem Zweiten Weltkrieg haben die Kirchen durch hausgemachte Skandale und Probleme ihren Bedeutungsverlust erheblich beschleunigt und dazu beigetragen, dass Millionen ihrer Mitglieder aus den Kirchen ausgetreten sind. Unter anderen sind hier drei Problemfelder zu nennen:

1. Missbrauchsfälle

In den letzten Jahrzehnten sind zahlreiche Missbrauchsfälle in christlichen Einrichtungen ans Licht gekommen. Dabei handelt es sich keineswegs nur um Fälle in der katholischen Kirche, auch wenn die Medien vor allem diese Fälle thematisiert haben. Auch evangelische Kirchen bzw. Freikirchen, Bildungseinrichtungen, Kinderheime und Kindergärten sind betroffen. Doch nicht nur die schrecklichen Missbrauchsfälle selbst haben den Kirchen als moralischer Institution enormen Schaden zugefügt; auch die zögerliche Aufarbeitung vor allem in der katholischen Kirche hat die Glaubwürdigkeit der Kirchen und des Christentums insgesamt stark beschädigt.

Das Vertrauen des Volkes in den Klerus ist massiv geschwunden, nachdem die sittlichen Verfehlungen von Gottes Bodenpersonal ans Tageslicht gekommen sind. Während früher im Ranking der angesehensten Berufe der Pfarrer gleich hinter dem Arzt kam, liegt er heute weit abgeschlagen im Mittelfeld. Die Kirchen stellen keine moralische Instanz mehr dar. Das Volk verlässt sich eher auf das Bundesverfassungsgericht als auf die Kirche und vertraut dem Grundgesetz mehr als der Bibel.

2. Politisierung

Betrachtet man die Tagesordnungen von kirchlichen Synoden, so fällt es manchmal schwer zu glauben, dass man es mit einer kirchlichen Einrichtung zu tun hat. Denn über alles wird dort diskutiert – außer über Themen des Glaubens und der Bibel. Laut Heiliger Schrift ist die primäre Aufgabe der Kirche, das Evangelium von Jesus Christus

zu verbreiten, damit Menschen Christen werden. Zugleich sollen jene, die schon Christen sind, in den Wahrheiten der Bibel unterwiesen werden, damit sie im Glauben wachsen und als Christen in dieser Welt Licht und Salz sind.

Doch statt sich diesen elementaren Aufgaben mit ganzer Kraft zu widmen, diskutieren die kirchlichen Synoden darüber, wie hoch der Mindestlohn zu sein hat, wie man die Arbeitslosenquote senken und die Umwelt besser schützen könnte und was gegen die steigende Zahl Rechtsradikaler zu tun sei. Natürlich besitzen diese Themen eine gesamtgesellschaftliche Relevanz, und Kirchen dürfen sich dazu auch äußern. Doch dies sind keine Themen kirchlicher Kernkompetenz.

Der primäre kirchliche Auftrag liegt in der Verkündigung von Jesus Christus und in der Vorbereitung auf das Leben nach dem Tod. Dies können keine politische Partei, kein Sportverein und keine Gewerkschaft leisten. Sie alle beschäftigen sich nur mit diesseitigen Fragen. Die Kirche jedoch ist auch zuständig für das Jenseitige, das Ewige, für die Frage, wie wir vor Gott im Gericht bestehen und in den Himmel kommen können und nicht in der Hölle landen. Doch bei diesen Themen herrscht in vielen Kirchen – das große Schweigen.

3. Unglaube

Am meisten hat jedoch zum Glaubwürdigkeitsverlust der Kirchen ihr eigener Unglaube beigetragen. Die kirchlichen Funktionsträger – Bischöfe, Pastoren, Theologieprofessoren – glauben vielfach nicht mehr an das, was das Grunddokument der Kirche, die Bibel, lehrt und was im Apostolischen Glaubensbekenntnis prägnant zusammengefasst worden ist. Wer Theologie an einer deutschen Universität studiert und die Überzeugungen seiner Professoren übernommen hat, für den stellt sich das Apostolische Glaubensbekenntnis etwa wie folgt dar:

- Ich glaube an Gott, den Vater, den Allmächtigen, den Schöpfer des Himmels und der Erde.
- Und an Jesus Christus, ~~seinen eingeborenen Sohn, unsern Herrn, empfangen durch den Heiligen Geist, geboren von der Jungfrau Maria,~~
- gelitten unter Pontius Pilatus, gekreuzigt, gestorben und begraben, ~~hinabgestiegen in das Reich des Todes, am dritten Tage auferstanden von den Toten, aufgefahren in den Himmel;~~
- ~~er sitzt zur Rechten Gottes, des allmächtigen Vaters; von dort wird er kommen, zu richten die Lebenden und die Toten.~~
- Ich glaube an ~~den Heiligen Geist, die heilige christliche Kirche, Gemeinschaft der Heiligen, Vergebung der Sünden, Auferstehung der Toten und das ewige Leben.~~
- Amen.

Die biblische Wahrheit wird verkürzt

Damit ist der christliche Glaube seines Inhalts beraubt worden. Übrig geblieben ist ein Torso, der gar nicht den Namen „christlich“ verdient, weil er Christus als Sohn Gottes ablehnt und Jesus nur als großen Prediger und Sozialrevolutionär verehrt, der – wie Goethe – in seinen Aussagen weiter unter uns lebe, aber natürlich nicht tatsächlich auferstanden sei und wiederkommen werde. Auf diesem Hintergrund wird verständlich, warum viele Pastoren in ihren Predigten nicht viel mehr weitergeben als: Jesus war ein vorbildlicher Mensch; eifere ihm nach, und die Welt wird besser. – Doch diese Botschaft ist eine starke Verkürzung der biblischen Wahrheit und enthält uns Jesus als den einzigen Retter und Weg zu Gott vor.

Die Ethik wird dem Zeitgeist angepasst

Aber nicht nur die dogmatischen Aussagen der Bibel werden in vielen Kirchen uminterpretiert und eliminiert, auch die Ethik wird dem Zeitgeist angepasst. So scheinen die Repräsentanten der Landeskirchen mit der gegenwärtigen Abtreibungspraxis durchaus zufrieden zu sein; denn vergeblich sucht man sie als Unterstützer oder Teilnehmer am „Marsch für das Leben“ in Berlin, der sich für die ungeborenen Kinder einsetzt. Auch die Gleichstellung homosexueller Paare mit der Ehe ist von den Landeskirchen akzeptiert worden: Obwohl die Bibel praktizierte Homosexualität als Sünde verurteilt, trauen die Landeskirchen gleichgeschlechtliche Paare und stellen sich damit unmissverständlich gegen die Heilige Schrift und ihre eigenen Bekenntnisse.

Es muss ein Ruck durch die Kirche gehen

Sollte durch die protestantischen Landeskirchen und liberal gewordenen Freikirchen nicht ein Ruck hin zur biblischen Dogmatik und Ethik gehen, sieht es düster aus. Was der Prophet Jesaja im 8. Jhdt. vor Christus beklagte, trifft auch heute auf viele Kirchen zu: „Denn die Leiter dieses Volks sind Verführer, und die sich leiten lassen, sind verloren“ (Jes 9,15). Und Jesus ergänzt über die Theologen seiner Zeit: „Lasst sie, sie sind blinde Blindenführer! Wenn aber ein Blinder den andern führt, so fallen sie beide in die Grube“ (Mat 15,14).

Die Erneuerung muss bei den Kirchenführern und Pastoren ansetzen. Sie müssen umkehren zur biblischen Wahrheit und diese Wahrheit in ihren Kirchen lehren. Unser aller Aufgabe ist, dafür zu beten und zu fasten, damit die Menschen unserer Tage ganz neu begreifen: Die Bibel ist Gottes Wort und weist uns mit ihren Geboten und Ordnungen den Weg zu einem gelingenden irdischen und einem herrlichen ewigen Leben.

(Der Autor ist Dekan am Bibelseminar Bonn und lehrt am Southwestern Baptist Theological Seminary in Fort Worth, Texas.)

„Leihmutterschaft“ – ein Liebesdienst? Alexandra Maria Linder

(IDEA) Die Evang.-luth. Landeskirche in Braunschweig hat sich von ihrem Domkantor Gerd-Peter Münden (56) getrennt. Er wollte mit seinem aus Kolumbien stammenden Ehemann in dessen Herkunftsland zwei Leihmütter beauftragen. Damit degradieren er Frauen und Kinder zu Waren, äußerte Dompredigerin Cornelia Götz.

Mit klaren Worten und jenseits von Ideologien und Mitleidsargumentationen haben die Arbeitgeber des Braunschweiger Domkantors eine solide ethische Position bezogen.

Nüchtern betrachtet geht es um folgendes: Personen, die aufgrund ihrer Beziehungsstruktur keine eigenen Kinder zeugen können, möchten dennoch unbedingt Kinder haben. Sie sind nach neuester Diktion „Wunscheltern“, die gemäß Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung ein „Recht auf ein Kind“ haben. Das Kind rückt als Person, die zweckfrei und unabhängig von Bedingungen Würde und Rechte hat, endgültig in den Hintergrund und wird zum „gewünschten Kind“.

Austrägerin begibt sich in gesundheitliche Gefahren

Das Kind erlebt sein erstes Trauma nach der Geburt, wenn es derjenigen Frau entrissen wird, deren Herzschlag und Geruch es kennt, zu der es seine erste intensive Beziehung hat. Vom Kindeswohl her betrachtet hat jedes Kind des Weiteren das Recht, in die für ein Kind bestmögliche Familienkonstellation hineingeboren zu werden, die es nach wie vor gibt: die genetisch eigene Mutter, der genetisch eigene Vater, die in einer stabilen Beziehung miteinander leben. Es ist ein Unterschied, ob sich familiäre Konstellationen

im Laufe des Lebens ändern oder ob man dem Kind von vornherein andere, willkürliche Konstellationen mit bisher noch selten untersuchten Folgen zumutet.

Die Austrägerin begibt sich in große gesundheitliche Gefahren, wenn sie ein Kind austrägt, das genetisch nicht mit ihr verwandt ist, zum Beispiel Bluthochdruck. Sie muss die gesamte Schwangerschaft über engmaschig medizinisch kontrolliert werden. Wenn das Kind nicht so ist, wie geplant, muss sie sich häufig auch zur Abtreibung verpflichten. Die Frühgeburtsraten bei Mehrlingen liegen außerdem bei knapp 90%.

Welche Argumentation nicht stimmig ist

Die Mitleidsargumentation geht dahin, dass man einem Paar/einer Person doch nicht verweigern dürfe, was man anderen gestatte und in anderen Ländern möglich sei. Mit demselben Argument kann man Abtreibung bis zur Geburt und Euthanasie legalisieren oder die Präimplantationsdiagnostik bei der künstlichen Befruchtung serienmäßig auf alle Kinder anwenden. All dies ist in anderen Staaten erlaubt.

Weitere Gedanken könnte man sich über das für das erste Kind recht fortgeschrittene Alter des einen Samenzellgebers machen, über die wissenschaftlich erwiesene Tatsache, dass genetisch fremde Kinder vor allem in der Pubertät große Schwierigkeiten mit ihrer persönlichen Identitätsfindung haben, und darüber, dass man, hat man sich für ein Lebensmodell entschieden, vielleicht auch einfach die entsprechenden Folgen tragen sollte. Heterosexuelle Paare nehmen sich keine Zweitpartner, katholische Priester leben zölibatär, gleichgeschlechtliche Paare können keine Kinder zeugen.

Es muss klare Grenzen geben

Um der Kinderrechte willen und um der Würde der in vielen Ländern durch „Baby farming“ ausgebeuteter Frauen willen, auf die der Begriff der „Gebärmaschine“ noch nie so treffend gepasst hat, muss es klare Grenzen geben. Ein Kind ist nichts, was man sich aus Eizell-, Samen- und Leihmutter-Katalogen aussuchen kann.

Eine Frau ist kein Körper, den man für fremde Zwecke missbrauchen oder kommerzialisieren darf. Mit Mitleidsargumenten und nicht gleichstellbaren Gleichstellungsforderungen wurde schon so manche ethische Grenze auf Kosten der Menschenwürde überschritten.

Die Autorin, Alexandra Maria Linder ist Vorsitzende des Bundesverbands Lebensrecht

China: Von roten, grauen und schwarzen Christen *Meiken Buchholz*

(IDEA) Wie geht es den Christen in dem kommunistischen Land? Die kommunistische Partei (KPC) und ihre Funktionäre dominieren das politische und gesellschaftliche Leben der Chinesen auf allen Ebenen. Unter Präsident Xi Jinping hat sich auch die Kontrolle des religiösen Lebens verstärkt. Zwar gewährt die Verfassung Religionsfreiheit, doch ist auch diese dem Führungsanspruch der KPC untergeordnet.

Die wichtigste Richtschnur für die Umsetzung der Religionsfreiheit ist bis heute ein Parteidokument von 1989. Diesem Dokument zufolge sollen die Religionen dabei angeleitet werden, „ihren Willen und ihre Kraft“ für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft einzusetzen. Deswegen wurden von der Religionsbehörde im Auftrag der Partei „Patriotische religiöse Vereinigungen“ eingerichtet – jeweils eine für jede der fünf erlaubten Religionen: die Protestantische Patriotische Drei-Selbst-Bewegung, die Katholische Patriotische Vereinigung sowie je eine für Buddhismus, Taoismus und den Islam. Nur religiöse Gruppierungen, die bei diesen Vereinigungen registriert sind, haben einen legalen Status.

Wie streng die jeweiligen Behörden die Bestimmungen durchsetzen und Abweichungen bestrafen, hängt von den Beamten vor Ort ab. Faktisch herrschte lange große Willkür. Doch seit 2018 ist die Regierung bemüht, durch eine fortlaufende Revision der „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ alle Grauzonen durch detaillierte Vorschriften zu beseitigen.

Drei Arten von Kirche

Grundsätzlich spricht man gerne von dem „roten, grauen und schwarzen Markt“ des christlichen Lebens. Gemeint ist, dass es drei Arten von Kirchen gibt: Gemeinden, die bei der Drei-Selbst-Bewegung oder dem katholischen Gegenstück registriert sind, bilden den roten Bereich. Alle anderen Kirchen sind nichtregistrierte Gemeinden („Hauskirchen“) im grauen Bereich – wobei manche dieser „Hauskirchen“ in großen Gebäuden über 1.000 Gottesdienstteilnehmer versammeln. Einige religiöse Gruppen werden von den Behörden auf die Liste illegaler „schädlicher Kulte“ gesetzt. Das ist der schwarze Bereich, in dem Christen als Kriminelle strafrechtlich verfolgt werden.

Christen nehmen die Bibel ernst

Religionssoziologische Studien unterstreichen immer wieder: Grundsätzlich nehmen chinesische Christen ihren Glauben ernst, schätzen die Bibel hoch und verkünden zu Gottes Ehre das Evangelium – ganz egal, welchem Bereich ihre Kirche zuzuordnen ist. Der größte Teil christlicher Gemeinden befindet sich in der breiten Grauzone: Sie bewegen sich außerhalb der Kontrolle der Religionsbehörde und haben keinen rechtlichen Status. Diese Gemeinden können offiziell z. B. keine Gebäude anmieten oder erwerben und keine Mitarbeiter anstellen. Mit Repressalien müssen Christen aber in allen drei Bereichen rechnen. Das geschieht in unterschiedlicher Form und Intensität – von Einschüchterungen über die Zerstörung von Eigentum bis zu Hausarrest und langjähriger Haft, die zu bleibenden Gesundheitsschäden führen kann und in Einzelfällen zum Tod.

„Wenzhou“ – Chinas Jerusalem

Im Ausland wurde besonders die Shouwang-Kirche in Peking bekannt, die seit 2009 Freiluft-Gottesdienste abhielt, weil man ihr nicht erlaubte, eigene Räumlichkeiten zu erwerben. Ein weiteres Beispiel ist die Early Rain Kirche in Chengdu, deren Pastor Wang Yi 2018 verhaftet und zu neun Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Beide Gemeinden wurden inzwischen von den Behörden geschlossen.

Ein anderes beeindruckendes Beispiel für Christen, die außerhalb der Drei-Selbst-Kirche in die Öffentlichkeit treten, sind die Christen in der Region „Wenzhou“. Hier sind 10% bis 15% der Bevölkerung Christen. Deswegen wird die Gegend auch Chinas Jerusalem genannt. Die führenden Christen hier sind oft Unternehmer mit guten Beziehungen zu den Behörden.

Doch an allen Orten wirken sich die „Vorschriften für religiöse Angelegenheiten“ leider negativ aus. Auch für „normale religiöse“ Aktivitäten wird die Kontrolle größer. Dazu gehört u. a. die Videoüberwachung der Eingangstüren und der Kanzel in den registrierten Kirchen. Doch bei meinen Besuchen im Land habe ich immer wieder die Erfahrung gemacht: Die Christen bleiben selbstbewusst und testen die verbliebenen Freiräume aus.

Mitarbeiter gesucht

Ein heikler Punkt ist die Kinder- und Jugendarbeit. Die Verkündigung an Minderjährige gilt für die Behörden als „Aufzwingen einer Kirchenmitgliedschaft“. Lange konnten Kirchen trotzdem nicht nur am Sonntag, sondern auch in den Schulferien ein „Betreu-

ungsprogramm“ für Kinder anbieten, mit der Begründung, dass man diese nicht unbeaufsichtigt zu Hause lassen könne. Durch diese Hintertür entstand vielerorts oft eine blühende Kinder- und Jugendarbeit. Doch in den letzten zwei bis drei Jahren wurde dies streng unterbunden.

Der Bedarf an Mitarbeitern ist angesichts wachsender Gemeinden groß. Im Schnitt ist ein ordiniertes Pastor für 10.000 Christen zuständig. Einer meiner Studenten in Taiwan berichtete mir, dass er vor Corona jedes Jahr mit einem Team nach China fuhr, um Mitarbeiter für die Jugendarbeit zu schulen. Das Team führte drei Jahre in jeweils derselben Gemeinde Sommercamps durch. Im ersten Jahr nahmen die lokalen Mitarbeiter teil und lernten durchs Zusehen. Im zweiten Jahr wurde das Camp gemeinsam geleitet. Im dritten Jahr führten es die lokalen Mitarbeiter selbstständig durch, und das Team beriet. Dies ist ein gutes Beispiel für den regen inoffiziellen Austausch zwischen Kirchen in Taiwan und dem chinesischen Kernland. Die erschwerten Reisebedingungen aufgrund von Corona haben vieles ausgebremst. Es bleibt abzuwarten, ob sich dieser Freiraum jemals wieder öffnen wird.

Hindernisse sind normal

Doch trotz aller Repressalien: Chinesische Christen werden immer neue Möglichkeiten entdecken. Hindernisse gehören für sie zur Normalität: Sie halten die Christen einfallreich beim Entdecken neuer Chancen.

(Die Missionswissenschaftlerin Meiken Buchholz, ist Dozentin an der Freien Theologischen Hochschule (FTH) Gießen und am „China Lutheran Seminary“ in Taiwan).

So äußerten sich Kirchen und Verbände über Homo-Partnerschaften:

(IDEA) Können gleichgeschlechtliche Partnerschaften kirchlich gesegnet und der Ehe gleichgestellt werden? Darüber diskutierten vor einiger Zeit Vertreter evangelikaler Gemeinden und Werke.

Über die Frage, ob gleichgeschlechtliche Partnerschaften kirchlich gesegnet und der Ehe gleichgestellt werden können, ist unter Evangelikalen eine Debatte entbrannt. Hintergrund ist eine Veröffentlichung des Ärztlichen Direktors der christlichen Klinik Hohe Mark, Martin Grabe. Er hatte in seinem Buch „Homosexualität und christlicher Glaube: ein Beziehungsdrama“ (Francke-Verlag) einen Vorschlag für eine Einigung gemacht: „Homosexuelle Christen dürfen ebenso wie heterosexuelle Christen eine verbindliche, treue Ehe unter dem Segen Gottes und der Gemeinde eingehen und sind in der Gemeinde in jeder Hinsicht willkommen.“ Die Klinik Hohe Mark gehört zu der vom Deutschen Gemeinschafts-Diakonieverband (DGD) gegründeten evangelikalen DGD-Stiftung. Auf Anfrage der IDEA haben jetzt DGD und DGD-Stiftung, der Vorsitzende der Evangelischen Allianz in Deutschland, Ekkehart Vetter und der Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP) den Vorschlag abgelehnt. Zurückhaltend äußerte sich der Bischof der Evangelisch-methodistischen Kirche (EmK) in Deutschland, Harald Rückert. Uneingeschränkte Zustimmung kam auf Facebook vom ehemaligen Präses des Evangelischen Gnadauer Gemeinschaftsverband (Vereinigung Landeskirchlicher Gemeinschaften), Michael Diener, dessen Mitglied der DGD ist.

Wir stehen zur Ehe als Gemeinschaft von Mann und Frau

Der Vorsitzende des Kuratoriums der DGD-Stiftung, Willi Feldkamp, der Fachliche Vorstand der DGD-Stiftung, Claudia Fremder, und der Vorstandsvorsitzende des DGD, Rainer Reissner, erklärten auf IDEA-Anfrage, die von Grabe angestoßene Diskussion thematisiere eine wichtige theologische Frage. Sie nähmen seine Sicht „ernst auf der

Grundlage seiner therapeutischen Erfahrungen“. Gleichzeitig betonen sie, dass es sich bei Grabes Aussage nicht um eine offizielle Stellungnahme der DGD-Stiftung oder des DGD handele. Beide hielten am biblischen Menschenbild fest: „Wir wissen uns der Glaubensbasis der Deutschen Evangelischen Allianz verpflichtet und stehen zur Ehe als ganzheitlicher, lebenslanger, exklusiver, öffentlich bekannt gemachter und für Kinder offenen Gemeinschaft von einem Mann und einer Frau.“

Wozu das Buch von Grabe einen Beitrag leisten kann

Dem DGD und der DGD-Stiftung sei es gleichzeitig ein Anliegen, „dass homosexuell empfindende Menschen in unseren Gemeinden ihren Platz finden, Geborgenheit und Annahme erfahren.“ In den DGD-Gesundheitseinrichtungen würden Menschen grundsätzlich gleich behandelt. Wichtig sei es, miteinander zu reden und nicht übereinander: „Dazu kann Dr. Grabes Buch einen Beitrag leisten.“ Die DGD-Stiftung ist die Trägerorganisation der sieben DGD-Kliniken – eine davon ist die Hohe Mark. Zum DGD-Netzwerk gehören darüber hinaus zwölf Diakonissen-Mutterhäuser im In- und Ausland, ein Hospiz, sieben Gemeinschaftsverbände, die Evangelische Hochschule Tabor, die Stiftungen Marburger Medien, Marburger Mission und Hensoltshöhe, neun Ausbildungsstätten, zehn Gästehäuser sowie einige Senioreneinrichtungen.

Vorstand des BFP: Wir lehnen den Einigungsvorschlag ab

Der Vorstand des Bundes Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP) teilte mit, dass alle Menschen in den Gemeinden des Bundes willkommen seien. Grabe weise zu Recht darauf hin, dass dieses Willkommensein homosexuell empfindender Menschen in der Vergangenheit in den Kirchen wenig oder gar nicht entgegengebracht wurde. „Hier haben die Kirchen versagt.“ Daraus könne man jedoch nicht den Schluss ziehen, dass alle sexuellen Orientierungen gleichermaßen die Lebensordnungen Gottes abbildeten. Das lege Grabe nahe, wenn er auf die Frage, ob es dem Willen Gottes entspreche, dass „jeder Mensch so ist, wie er ist“, auch in Bezug auf die sexuelle Orientierung mit einem klaren „Ja“ antworte. Dem könne der Vorstand des BFP nicht zustimmen.

EmK-Bischof Rückert: „Ich für meinen Teil stelle mich an die Seite von Herrn Grabe“ Bischof Rückert weist in seiner Stellungnahme darauf hin, dass die Evangelisch-methodistische Kirche sowohl weltweit als auch in Deutschland genau über diese Frage diskutiere. Es gebe verschiedene Sichtweisen. In Deutschland laufe derzeit ein Austauschprozess („Runder Tisch“). Ziel sei es, trotz unterschiedlicher Auffassungen als Kirche zusammenzubleiben. Dass Grabe als Christ und Therapeut „uns Gemeinden eine offenere Haltung ins Stammbuch schreibt“, verstehe er als geistliche Mahnung. „Ich für meinen Teil stelle mich an die Seite von Herrn Grabe mit seinen sehr lesenswerten, bedenkenswerten und einfühlsam vorgetragenen Gedanken.“ Er wünsche sich, dass es der EmK in Deutschland gelingen möge, auf dem von Grabe beschriebenen Weg ein gutes Stück weiterzukommen: „Es wird uns viel abverlangen. Aber die Gemeinschaft, in die uns Christus gestellt hat, die Gemeinschaft von konservativen Geschwistern mit homosexuell empfindenden Geschwistern und mit Geschwistern und Gemeinden, die eine Öffnung anstreben, ist es Wert, darum zu ringen.“

Allianzvorsitzender: Eine Gleichstellung ist nicht möglich

Zuvor hatte bereits der Allianzvorsitzende Vetter in einer IDEA-Stellungnahme geschrieben, dass letztlich die Heilige Schrift der entscheidende Maßstab sei. Homosexuelle Partnerschaften könnten der Ehe nicht gleichgestellt werden. Vetter mahnte gleichzeitig einen sachlichen Austausch an: „Wir brauchen die konstruktive, kontroverse Diskussion.“

Zustimmung vom ehemaligen Gnadauer Präses Diener

Zustimmung für die Position von Grabe kam vom ehemaligen Gnadauer Präses Diener. Er schrieb auf Facebook, Grabe habe „als Person und in der Darlegung seiner Grundthesen meine volle Unterstützung. Und es werden immer mehr werden, die theologisch, psychologisch, existentiell aufbegehren und aus der pietistisch-evangelikalen Welt Stellung beziehen werden FÜR eine offene Position, nicht GEGEN, sondern im Gehorsam gegen das Evangelium und das lebendige Wort Gottes“. Der Theologieprofessor an der Theologischen Hochschule Tabor Thorsten Dietz äußerte ebenfalls auf Facebook: „Sehr hilfreiche Würdigung von Michael Diener.“

In einem IDEA-Kommentar schrieb Grabe, dass sein Engagement für dieses Thema mit den vielen homosexuellen Christen zu tun habe, die er in der Klinik Hohe Mark kennengelernt habe. Sie hätten oft einen langen Leidensweg hinter sich. Er bekannte, dass Theologie nicht seine Kernkompetenz sei. „So möchte ich gar nicht versuchen, auf dieser Ebene über dasjenige hinaus zu argumentieren, was schon in meinem Buch steht.“

Von der Zwietracht Dr. Elisabeth Brandt

Polarisierung - demokratischer Motor oder sozialer Sprengstoff?

Seit Jahren warnen Politiker und Wissenschaftler vor der Spaltung unserer Gesellschaft. Spaltung ist ein nichtzutreffender Kampfbegriff – man sollte besser von Polarisierung sprechen, denn Spaltung im Sinne von völliger Trennung gibt es bei uns allenfalls in zugewanderten Randgruppen – z. B. den islamisch geprägten sog. Großfamilien die sich in Parallelgesellschaften organisieren. Polarisierung ist indes ein wichtiger Antrieb sozialer Entwicklung. In diesem Sinne ist auch Jesus zu verstehen, wenn er sagt: *Meint ihr, dass ich gekommen bin, Frieden zu bringen auf Erden? Ich sage: Nein, sondern Zwietracht. (Lk 12,51)*. Unsere Sehnsucht nach gesellschaftlicher Harmonie wurzelt in der Ineinssetzung von Gesellschaft und Gemeinschaft. Eine Gemeinschaft definiert sich über ihre Gemeinsamkeiten und strebt daher möglichst große Einheit an. Eine Gesellschaft besteht dagegen aus vielen Gemeinschaften mit unterschiedlichen Wertvorstellungen und Wünschen. Ein Negativbeispiel für den Versuch Gemeinschaft und Gesellschaft gleichzusetzen, ist das Nordkorea Kim Jong-Uns, das seit Jahrzehnten in erzwungener Einheit erstarrt mit verheerenden Folgen, auch für die etwa 500.000 Christen im Land. Konflikte und Polarisierung gehören zu lebendigen Gesellschaften und sichern deren Anpassung an die Herausforderungen der Gegenwart. Dort wo sich Christen von Glauben und Lebensweise der Mehrheit absetzten, waren sie schon immer ein Element der Polarisierung. So wurde die Nikolaikirche in Leipzig zum Symbol der Friedlichen Revolution, als Ort, an dem sich lange vorher Entwicklungen vollzogen haben, die im Herbst 1989 das auslösten, was im Sprachgebrauch als "Wende" bezeichnet wird.

In einer repräsentativen Demokratie delegieren Bürger dagegen die Aushandlung ihrer Diskrepanzen an ihr Parlament und andere gewählte Gremien. Polarisierung schafft hier Anreize für Politiker wettbewerbsfähige Organisationen und politische Parteien aufzubauen.

Werte und Konflikte

Leider scheinen die Standpunkte verschiedener ideologischer Fraktionen in der Bundesrepublik zunehmend unvereinbar zu sein, während die kompromissbereite Mitte schrumpft. Diesem Trend können sich auch die christlichen Kirchen nicht entziehen,

ein Grund die Entwicklung hier näher zu betrachten. Angetrieben wird die Zersplitterung durch Fehlentwicklungen, auf die Entscheider mit strukturellen Reformen reagieren müssen. Darüber hinaus befürchten viele Bürger, dass Politikverdrossenheit, Gewaltbereitschaft und eine zunehmende Verrohung des öffentlichen Diskurses unsere Demokratie gefährden. Statt Eindrucksurteilen, die von den Medien kaum hinterfragt werden, bedarf es fundierter Erkenntnisse aus Untersuchungen die in den letzten Jahren zu dem Thema durchgeführt wurden. Ergebnisse aus der Polarisationsforschung stehen im Fokus der Fachzeitschrift „Konfliktdynamik“ (Ausgabe 4/21). Da ist zum einen eine langjährige Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, die nach den wesentlichen Bestimmungsgründen für die wachsende gesellschaftliche Dissonanz fragt. Obwohl die große Mehrheit der Deutschen einen gemeinsamen Wertekanon teilt, wenn auch mit unterschiedlichen Positionen, gab es in den letzten 15 Jahren relevante Verschiebungen. So scheinen 2021 Religiosität und Glaube nur noch für jeden dritten Bundesbürger einen hohen Stellenwert zu haben, 2006 war es noch jeder zweite. Auch die verbindende Kraft des nationalen Narratives schwindet, nicht aber die der Solidarität mit schwächeren Mitbürgern. Trotz geteilter Werte ist unsere Gesellschaft also heterogener geworden, was viele Menschen in unserer konsensorientierten Kultur irritiert. Lange Zeit gab es vor allem verteilungspolitische Debatten, die seit der Wiedervereinigung auch eine regionale Komponente bekamen. Doch schon seit den 1968zern, gehen die Bürger auch für ganz neue Konfliktthemen auf die Straße. Zunächst waren es Pazifisten und Atomkraft-Gegner, sowie Feministinnen. Bald gesellten sich Umweltschützerinnen und LGBT Aktivisten, EU-Skeptiker und Migrationsgegnerinnen sowie Globalisierungskritiker dazu. Anlässlich des Großprojekts Stuttgart 21 entstand die Figur des Wutbürgers. In den letzten Jahren kamen Klimawandel, Gesundheits- und Bildungspolitik, Generationenkonflikt und natürlich die Corona-Maßnahmen als Streitpunkte hinzu. Immer häufiger protestieren Bürger und Bürgerinnen gegen mit parlamentarischer Mehrheit beschlossene Maßnahmen. Es scheint, als ob sich viele Deutsche nicht mehr ausreichend von den klassischen Parteien repräsentiert fühlen; als Folge zersplittert unser Parteiensystem. Außerdem erodiert das Vertrauen in die Responsivität der Politik, die Bürger fühlen sich stärker auf sich selber zurückgeworfen als vor 15 Jahren.

Kommunikation

Neben Heterogenität und der Häufung von Konflikten, entzweit die moderne Kommunikation zwischen politischen Gegnern unsere Gesellschaft. Das fängt bei Politikern und Politikerinnen an, die zunehmend binäre, zugespitzte Diskussionen führen, assistiert von den Medien, die dazu neigen polarisierende Botschaften politischer Gallionsfiguren zu verbreiten. Die Politikwissenschaftler Abramowitz und Saunders legen dar, dass informierte, gebildete Menschen in ihren Ansichten viel stärker polarisiert sind als die weniger informierten und weniger aktiven Bürger. Erst der zunehmend aggressive Dialog zwischen den Eliten führt dann zur Polarisierung der übrigen Bevölkerung. Neben der Unterstützung einer politischen Partei werden Aussagen von deren Eliten in den sozialen Medien mit der eigenen Identität verknüpft und zur primären Informationsquelle. Durch die personalisierten Algorithmen von Suchmaschinen wird dieser Effekt verstärkt, bis sich Menschen in virtuellen und realen „Echokammern“ ausschließlich mit Gleichgesinnten umgeben und nur noch deren Meinung zur Kenntnis nehmen. Diskurse werden emotional geführt und ohne Respekt für den jeweiligen Gegner der zum „Feind“ wird, der die eigene Gruppe bedroht. Man misstraut sich, was

-auch internationale- politische Opportunisten nutzen um ihre Anhängerschaft mit kruden „WIR gegen DIE“ Narrativen zu mobilisieren. Bestehende Gemeinsamkeiten werden vernachlässigt und Unterschiede zwischen gesellschaftlichen Gruppen übertrieben, die jeweils anderen stereotypisiert. Im schlimmsten Fall bestimmt die Ablehnung gegnerischer Parteien, Politiker und ihrer Anhänger das Wahlverhalten stärker als die Zustimmung zu Inhalten und Politikern der gewählten Partei. Je mehr Bürger sich von extremen Positionen leiten lassen, desto mehr wird die gemäßigte, konsensbereite Mitte ausgehöhlt. Etablierte Mechanismen zur Streitbeilegung reichen dann nicht mehr aus; es entstehen lähmende Pattsituationen, wie wir sie in den letzten Jahren in den USA beobachten.

Vom Konflikt zu Kooperation

Ein interessantes Beispiel, wie man mit kontroversen Themen umgehen kann, bietet das Online-Lexikon Wikipedia: Jeder kann an Einträgen zu einem Thema mitarbeiten, muss sich aber mit den anderen Redakteuren einer Seite einigen, da Wikipedia zu jedem Thema nur einen Artikel zulässt. Das zwingt auch stark polarisierte Redakteure zur Zusammenarbeit, wenn sie die Seite mitgestalten wollen. Durch strukturelle Regeln und Vorgaben wie die, einen neutralen Standpunkt zu vertreten und Behauptungen mit seriösen, veröffentlichten Quellen zu belegen, setzt Wikipedia den Rahmen. Debatten sind länger, kompetitiver und konstruktiver wenn konträre Standpunkte von annähernd gleichstarken Gruppen vertreten werden. In der Regel produzieren ideologisch diverse Wikipedia Teams, Artikel von höherer Genauigkeit und Vollständigkeit, als Gruppen die aus politisch homogenen oder gemäßigten Redakteuren bestehen.

Auch in Unternehmen steigt die Gefahr der Polarisierung, denn fast jede Institution steht heutzutage im Spannungsfeld zwischen Ökologie, Sozialem und Wirtschaft. Besonders wenn weltanschaulich, humanitär oder ökologisch ausgerichtete Organisationen, wirtschaftlich agieren müssen, kommt es zu Zielkonflikten. Wie kann eine Institution unterschiedlichen Wertevorstellungen gerecht werden ohne sich zu widersprechen, scheinheilig zu wirken oder eine Gruppe auszugrenzen? Um dies zu klären fokussierte der Wirtschaftswissenschaftler Ali Aslan Gümüşay seine Studien auf religiös gebundenen Wirtschaftsorganisationen. Eine nachhaltige Unternehmenskultur muss erreichen, dass sich alle Angestellten darin wiederfinden. Dies soll erreicht werden zum einem durch bewusste Mehrdeutigkeit, beispielsweise in der Gestaltung des Firmenlogos und –mottos. Zum anderen werden buchstäblich und im übertragenen Sinne getrennte Räume geschaffen für profane und gläubig motivierte Mitarbeiter. Gümüşays Studie zeigt, dass Religionen ein nicht unerhebliches Konfliktpotential bergen, wenn sie ignoriert werden, denn Religion ist zwar persönlich aber nicht privat. Das Wegschweigen unterschiedlicher Überzeugungen fördert nach Meinung des Autors Konflikte. Dies gilt erst Recht für eine Cancel Culture die Perspektiven abseits des Mainstreams anfeindet, Debatten verstummen lässt und Menschen ausgrenzt. Im Gegensatz dazu fördert Ambiguitätswertschätzung die Fähigkeit mit Zielkonflikten umzugehen, statt ihnen auszuweichen. Die resultierende Einigkeit in der Mehrdeutigkeit, ist kein neues Konzept, sondern hat sich, zum Beispiel im deutschen Föderalismus, schon lange bewährt. Mehrdeutigkeit will allerdings gelernt sein, denn mit vereinfachenden oder beschönigende Reden untergraben Autoritäten ihre Glaubwürdigkeit. Stattdessen müssen Entscheider und Bürger lernen mit der immer komplexeren Welt in einer multipolaren Gesellschaft zurechtzukommen, getreu nach dem Motto: *Unter den Stolzen ist immer Hader; aber Weisheit macht vernünftige Leute (Sprüche 13,10)*

Bibel und Zeitgeist *Bolko v. Bonin*

„Wer den Zeitgeist heiratet ist bald verwitwet“, wird in verschiedenen Abwandlungen behauptet. Darin kommt die Erfahrung zum Ausdruck, dass der Zeitgeist früher oder später anderen Wertvorstellungen und Moden weicht. Es ist daher wichtig zu klären, was dauerhafte Bedeutung hat, denn der Zeitgeist kann Werte untergraben, die sich seit Adam und Eva als kulturgestaltend und förderlich für das Gemeinwohl erwiesen haben. Inakzeptabel ist hierbei die undemokratische Praxis, Personen - ungeachtet ihrer Argumente – durch psychosoziale Methoden wie Framing und Cancel Culture pauschal zu ächten und so medial mundtot zu machen, wenn sie zeitgeistige „Gewissheiten“ kritisieren - z.B. höchst Strittiges der Genderideologie.

Der Diskurs in der Evang. Kirche in Deutschland (EKD) spiegelt die Auseinandersetzung mit dem Zeitgeist:

Die EKD versucht, dem Wort Gottes zuwiderlaufende menschliche „Gewissheiten“ theologie-kompatibel zu machen, indem sie das Gotteswort teils mit der Allversöhnungsidee aushebelt teils für unzutreffend erklärt. Beispiele sind die Abtreibung (vgl. 2.Mose 20,13: *Du sollst nicht töten*), die „Ehe für alle“ und die Segnung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften (vgl. 1.Mose 1,27-28: *...er [Gott] schuf sie als Mann und Frau ... segnete sie und sprach zu ihnen: Seid fruchtbar und mehret euch!* –vgl. auch Mt 19,4-6)

So ist die EKD nicht christliches Korrektiv, sondern eher Echokammer des Zeitgeistes, womit sie einschlägige Politik moralisch absegnet. (s. auch S. 8-10, 21/22, 25/26)

Die große Mehrheit der Christenheit vertritt dagegen zu diesen Themen bibeltreue Standpunkte – so z.B. die katholische Kirche, die orthodoxen Kirchen und weltweit der Großteil evangelischer Christen. Für diese bedeutet Gotteskindschaft nicht Änderung des Maßstabes, sondern Änderung des eigenen Verhaltens (Rö 12,2). Sie gehen von der zeitlosen Gültigkeit moralischer Weisungen Gottes aus, die von Jesus Christus ohne Verfalldatum bestätigt worden sind (Mt 19,16-19). Konservative Christen sind nicht grundsätzlich gegen Neuerungen. Sie achten jedoch auf deren Vereinbarkeit mit Gottes Weisungen, die seit Jahrtausenden nicht nur der Stärkung des Glaubens, sondern auch der Zähmung nach wie vor höchst virulenter menschlicher Begierden dienen.

Diese Standhaftigkeit wird kritisiert, weil sie intolerant und nicht „pluralitätsfähig“ sei und so zur Ablehnung durch die gesellschaftliche Mehrheit führe. Uns Christen ist jedoch aufgetragen, „Salz der Erde“/„Licht der Welt“ zu sein (Mt 5,13ff). Das ist besonders anspruchsvoll, wenn eine Mehrheit nicht mit der Sündhaftigkeit ihres bibelwidrigen Lebenswandels und dessen Folgen konfrontiert werden will.

Kirchen haben keine Vollmacht, Weisungen Christi als „nicht mehr zeitgemäß“ für ungültig zu erklären oder umzudeuten.

Schon die frühen Christen haben zeitgenössische Werte an denen der Bibel gemessen. So kamen sie z.B. - unter Inkaufnahme schwerster Verfolgungen - nicht der Forderung nach, den römischen Kaiser als Gott zu verehren, weil der biblische Gott keine anderen Götter neben sich duldet. Sie lehnten auch die übliche Tötung unerwünschter Kinder ab, weil nur Gott, der das Leben gibt, dieses auch nehmen darf.

Prof. Dr. Volker Gäckle, Rektor der Internationalen Hochschule Liebenzell, drückt es in einer Buchrezension so aus: *Die Gemeinde kann ihre Theologie und Ethik nie allein deshalb ändern, weil sich das Wahrheitsbewusstsein der jeweiligen Gegenwart verändert hat und ihre Außendarstellung deshalb unattraktiv ist* (vgl. Mt 24,35).

Nachrichten

Glaube, Bibel und Bekenntnis

Kein Platz für den Teufel?

(IDEA) „Der Schöpfergott ist als Erschaffer der Welt grundsätzlich für alles zuständig, sowohl für das Gute als auch für das Böse. Schließlich gibt es keine andere Macht außer ihm, so dass es für einen Gegenspieler keinen Platz gibt.“ Davon ist der promovierte Theologe Pfarrer Rainer Junghans überzeugt. Wie er in einem Aufsatz im „Deutschen Pfarrerinnen- und Pfarrerblatt“ schreibt, gehören schwierige Lebensabschnitte „mehr oder weniger zu einem jeden Leben dazu“. Es sei aber ein Unterschied, ob man diese mit dem Vertrauen in einen barmherzigen Gott durchwandere oder nicht: „Mit diesem Vertrauen wachsen dem Menschen gute Kräfte zu, die anstehenden Aufgaben mit Hoffnung zu bewältigen.“

Junghans: Der Teufel stammt aus dem babylonischen Exil

Wie Junghans weiter ausführt, ist der Teufel eine relativ späte Entwicklung in der jüdischen Theologie. Die Teufelsvorstellung komme aus dem babylonischen Exil im 6. Jahrhundert vor Christus: „In der dortigen Kultur gab es den Satan, den Ankläger.“ Im Neuen Testament habe der Teufel die Rolle des Verführers Jesu (Mt 4,1-11) übernommen. In der Verfolgungssituation der Urchristen sei der Teufel dann zum Gegenspieler Gottes geworden.

Die heutigen Teufelsvorstellungen kämen aus dem Hochmittelalter. Damals seien die an der Macht gewesen, die den Teufel als Gegenspieler Gottes ansahen. Sie seien unbarmherzig gegen andere Menschen vorgegangen: „Häufig gehen Teufelsvorstellungen mit Machtmissbrauch und Angst einher, um sich Menschen gefügig zu machen.“

Gott hat Jesu Kreuzigung zugelassen

Gott habe den Justizmord an Jesus Christus als seinem Botschafter zugelassen: „So kann sich die aus Kreuzigung und Auferstehung entwickelnde Theologie für alle Menschen segensreich auswirken.“ Wenn Gott dagegen das Böse um Jesus konsequent bekämpft hätte, gäbe es heute keine christliche Theologie, „die so stark von Vergebung und Barmherzigkeit geprägt ist“. Dass Gott Gutes und Böses schaffe, macht nach Junghans‘ Ansicht bereits der biblische Schöpfungsbericht deutlich. Gott habe Licht und Finsternis geschaffen, die für das Gute und Böse ständen. Mit seinem Schöpfungswort habe Gott Ordnung in das vorherige Chaos gebracht, „ohne jedoch das Chaos völlig zu beseitigen“. Auch die Schlange, die im biblischen Buch der Offenbarung mit dem Teufel identifiziert wird, sei ein Schöpfungswerk Gottes.

Parzany widerspricht: Der Teufel ist eine Realität

Kritik an den Ausführungen von Junghans übte der Vorsitzende und Gründer des Netzwerks Bibel und Bekenntnis, Pfarrer i. R. Ulrich Parzany. Der Teufel sei eine Realität, sagte er auf Anfrage der IDEA. Zur Begründung verwies er auf ein Wort aus dem ersten Johannesbrief: „Dazu ist erschienen der Sohn Gottes, dass er die Werke des Teufels zerstöre“ (1. Joh 3,8); „Jesus hat von sich gesagt: ‚Ich bin das Licht der Welt.‘ In Jesus offenbart sich Gott, der Schöpfer, Erhalter, Richter, Retter und Vollender der Welt in seiner Heiligkeit, Gerechtigkeit und Liebe.“ Im Licht Jesu sehe man, dass die Menschen geliebte Geschöpfe und Ebenbilder Gottes seien, zugleich aber Rebellen und Feinde Gottes, verlorene und verdammte Sünder, „die nur durch Jesus aus dem Macht Satans und der Sünde gerettet werden können“. Im Licht Jesu werde die Macht Satans

entlarvt. Über den Teufel sagte Jesus: „Der ist ein Mörder von Anfang an ..., er ist ein Lügner und der Vater der Lüge“ (Joh 8,44).

Wer die in der Bibel dokumentierte Offenbarung Gottes allerdings nur als ein Sammelsurium menschlicher Vorstellungen verstehe, wie Pfarrer Junghans und viele seiner Kollegen es seit langem täten, mache sich Gott und die Welt, wie sie ihnen gefällt. Ein Evangelium sei ihre „verschwurbelte Welterklärung“ nicht.

Suizidbeihilfe kommt für Christen nicht infrage

(IDEA) Angesichts der vom Bundesverfassungsgericht beschlossenen Legalisierung der Suizidbeihilfe sollten die Kirchen verdeutlichen, dass eine solche Praxis für sie nicht in Betracht komme. Diese Ansicht vertrat der Staatsrechtler Prof. Christian Hillgruber bei der diesjährigen Bundestagung der Vereinigung „Christ und Jurist“ in Augsburg.

Hillgruber warnte die Kirchen davor, „in einem Akt der Selbstsäkularisierung auch noch selbst Angebote auf Suizidhilfe in ihren eigenen Einrichtungen“ zu machen. Im Gegensatz zur reinen „Sterbebegleitung“ dürften sich Christen an der Suizidbeihilfe nicht beteiligen. „Christen müssen gerade in diesem Punkt Stachel im Fleisch und Salz der Erde sein und dürfen nicht schal werden.“ Es stehe ihnen zwar auch nicht an, sich „als Schul- und Lehrmeister“ aufzuspielen, aber sie dürften ihren Standpunkt nicht verleugnen oder die sich abzeichnende weitere Entwicklung beschweigen und „achselzuckend hinnehmen“.

Homosexuelle Christen sollten zölibatär leben

(IDEA) Dafür hat sich Pfarrer Rolf Sons in einem Seminar auf dem 11. Internationalen Kongress für Psychotherapie und Seelsorge am 3. Mai in Würzburg ausgesprochen. Der Bibel zufolge sei „der einzig legitime Ort für die Sexualität die Ehe von Mann und Frau“.

In seinem Vortrag zum Thema „Christliche Seelsorge und Homosexualität in der Perspektive von Schöpfung, Erlösung und Heiligung“ räumte er ein, dass dies „eine harte Rede“ sei und aus Sicht der modernen und sexualisierten Welt sogar unmenschlich. Doch in der heutigen Gesellschaft sei Sex zum Götzen geworden. Er wies die Anschauung zurück, dass ein Leben ohne Sex kein Leben sei.

Homosexuelle nicht ausgrenzen

Zugleich machte Sons deutlich, dass Homosexuelle von Christen nicht ausgegrenzt werden dürften: „Dass dies ein Grund zur Buße ist, sollte innerhalb der christlichen Gemeinde ernsthaft thematisiert werden.“ Sons: „Ich bin mir sicher, dass Jesus jeden homosexuell empfindenden Menschen annimmt.“

Homosexuelle wollten inklusive ihrer sexuellen Gefühle geliebt werden und nicht als Christen zweiter Klasse gesehen werden. Doch dürfe man nicht übersehen, dass jede homosexuelle Liebe „eine mit einer Wundung gekennzeichnete Liebe ist“, weil sie nicht zum ursprünglichen Beziehungskonzept Gottes gehöre.

Aussagen der Bibel zu Homosexualität nicht zeitbedingt

Nach Überzeugung von Sons sind die wenigen kritischen Aussagen in der Bibel über die Homosexualität nicht zeitbedingt. Sie wollten vielmehr den ursprünglichen Schöpfungswillen Gottes gegenüber dem Heidentum zur Geltung bringen.

Bereits in der Antike habe das Christentum eine Gegenmoral zur vorherrschenden Ethik gelebt: „Der geordnete Gebrauch der Sexualität war das auffälligste Kriterium,

nach dem sich die Kirche von der Kultur des römischen Reiches unterschied.“ Das habe für hetero- und homoerotische Sexualität gegolten.

Kirchlicher Ehesegen gilt nur für Mann und Frau

Kritik übte Sons an der kirchlichen Praxis, homosexuelle Paare zu segnen und zu trauen: „Dabei verschweigt die Kirche, dass der göttliche Ehesegen exklusiv der Verbindung eines Mannes und einer Frau vorbehalten ist.“ Auch das Argument von Befürwortern solcher Segnungen, dass eine homosexuelle Beziehung, die auf Dauer, Treue und Verbindlichkeit angelegt sei, mit einer Ehe vergleichbar sei, wies er zurück: „Mit gleicher Argumentation könnte man etwa behaupten, dass eine Mehr-Ehe theologisch vertretbar sei.“

Kirche

Kirchenaustritte teils hausgemacht

(Pastor Ulrich Rüß IKBG/ICN) Die Fülle der Kirchenaustritte ist teils hausgemacht. Über viele Jahre wurde das Kerngeschäft, die Vermittlung und Weitergabe des Glaubens an Gott, an Jesus Christus grob vernachlässigt, die Glaubensgrundlagen in Frage gestellt und relativiert, und moralistisch politisierend dem Zeitgeist hofiert. Christlicher Glaube deformierte zur Zivilreligion.

Die Austrittswelle ist ein Zeichen von Glaubensschwund. Sie muss für alle, die mit der Kirche zu tun haben, ein Buß- und Weckruf sein der Neubesinnung auf das Evangelium und Ernstnehmen des kirchlichen Auftrags. Das bedeutet: Schluss mit Ideologien wie Genderismus. Konzentration auf das Kerngeschäft ist dringend geboten!

(Pastor Ulrich Rüß ist Präsident der Internationalen Konferenz Bekennender Gemeinschaften (IKBG/ICN) sowie Vorsitzender der Konferenz Bekennender Gemeinschaften in den Evangelischen Kirchen Deutschlands.)

Die EKD sendet fatales Signal

(WELT) Entgegen dem Klischee, dass Verlautbarungen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) grundsätzlich vorhersehbar und sterbenslangweilig sind, ist die EKD-Ratsvorsitzende Annette Kurschus immerhin auf eine originelle Idee gekommen, wie man die evangelische Kirchenstatistik kommentieren könnte. Die Zahlen sind schlimm, 280.000 Austritte im Jahr 2021, so viele wie nie zuvor. Und Kurschus erklärte dazu, sie wolle diese Zahlen „nicht als gottgegeben hinnehmen“. Der liebe Gott steckt demnach also wenigstens nicht persönlich hinter dem Niedergang der Kirchen – das ist doch wenigstens mal eine theologische Fachauskunft, die Mut macht.

Bleibt die Frage: Woran liegt es dann? Auch darauf liefert die Krisen-PR der EKD Anknüpfungspunkte, wenn auch eher unfreiwillig. Darin fällt zum Beispiel die protestantisch-strenge Vermeidung jeglicher Selbstkritik ins Auge: Statt über eigene Versäumnisse nachzudenken, verweist man lieber auf „die im Corona-Jahr erhöhten Sterbefälle (360.000)“, eine Formulierung hart an der Grenze zur Irreführung, so viele Corona-Tote gab es ja glücklicherweise in ganz Deutschland konfessionsübergreifend nicht. Zugleich nimmt die Ratsvorsitzende das schiere Faktum des Massenexodus beneidenswert leicht: Die Ausstrahlungskraft der Kirche hänge, erklärt sie, „nicht allein an der Zahl der Mitglieder, die ihr formal angehören“.

Es ist und bleibt die große Schwäche der Kirchen und vor allem der evangelischen Kirche, dass sie sich über das eigene Selbstverständnis, die eigene Daseinsberechtigung immer mehr im Unklaren sind. Warum sollte man noch Kirchenmitglied sein? Es gehe „um nichts Geringeres, als mit unseren grundlegenden Werten eine Welt in Frieden und

Freiheit mitzugestalten“, findet laut Pressemitteilung vom 9. März die andere Repräsentantin des deutschen Protestantismus, die Präsides der EKD-Synode Anna-Nicole Heinrich.

Grundlegende Werte? Die Welt mitgestalten? Das kann doch nicht im Ernst der einzige Anspruch einer Religionsgemeinschaft sein, und wenn er es doch ist, ist es kein Wunder, dass sie sich die Menschen guten Willens künftig mit all den Parteien und NGOs teilen muss, die sich ähnlich weltliche Glaubenssätze gegeben haben. Man wolle künftig „umso unverzagter an unseren Reformen“ weiterarbeiten, teilte Präsides Heinrich noch mit. Es klingt wie eine Drohung.

Kritik an neuer Missbrauchsaufarbeitung in Evangelischer Kirche

(SZ) Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat ein neues Modell zur Betroffenenbeteiligung festgelegt. Kirchenvertreter, Betroffene und Experten haben sich am Wochenende in Kassel auf ein "Beteiligungsforum Sexualisierte Gewalt" geeinigt. Es soll das zentrale Gremium für Aufarbeitung und Prävention werden. Dies sei eine weitergehende Form der Beteiligung als bisher, erklärt der Sprecher des Beauftragtenrats für sexualisierte Gewalt in der EKD, der Braunschweiger Landesbischof Christoph Meyns.

Bislang hat die EKD bei der Aufarbeitung sexualisierter Gewalt keine glückliche Hand bewiesen: Scharfe Kritik löste sie etwa aus, als sie im vergangenen Jahr den ursprünglichen Betroffenenbeirat auflöste, obwohl mehrere Mitglieder dagegen waren. Sie begründete den Schritt mit Konflikten innerhalb des Beirats und versprach eine "Neuausrichtung".

Mit Birgit Mangels-Voegt ist nun eine externe Expertin für Partizipationsprozesse hinzugebeten worden. "Ziel des neuen Beteiligungsforums ist die verbindliche Mitwirkung von Betroffenen an Entscheidungen und Maßnahmen zum Schutz vor und zur Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt", sagt Mangels-Voegt. Anders als beim ersten Versuch sollen Betroffene die EKD nicht mehr als unabhängiges Gremium beraten, sondern direkt mit Kirchenvertretern an einem Tisch sitzen.

Das neue Forum soll etwa viermal im Jahr tagen, sagt ein EKD-Sprecher auf Anfrage der SZ. Zu den etwa zwanzig Mitgliedern zählten neben acht Betroffenen Geistliche und Kirchenjuristen aus dem Beauftragtenrat, die Präsides der EKD-Synode Anna Nicole Heinrich, der EKD-Bevollmächtigte bei der Bundesrepublik, Martin Dutzmann, sowie Vertreter aus Diakonie, Landeskirchen und der EKD-Fachstelle gegen sexualisierte Gewalt.

Als "gutes Grundgerüst" bezeichnet die Betroffene Nancy Janz das neue Modell. "Wir müssen es aber noch weiter ausdifferenzieren."

Das sieht Katharina Kracht ganz anders. Sie gehörte dem alten Beirat an. Nun habe die EKD Fakten geschaffen, sagt sie der SZ: "Ich bin praktisch aus dem Betroffenenbeirat rausgeschmissen worden. Das macht die EKD mit kritischen Betroffenen."

Die ehemalige Beirätin kritisiert zudem, dass es künftig kein reines Betroffenengremium mehr geben soll. Die Betroffenen seien gegenüber den Kirchenvertretern in der Minderzahl, zudem stünden sechs von acht Betroffenen in einem Dienst- oder Anstellungsverhältnis bei einer Landeskirche oder der Diakonie. "Es ist absolut fragwürdig, wie es so zu unabhängigen Entscheidungsprozessen kommen soll" und wie die Interessen der vielen Betroffenen vertreten werden sollen, die eher Distanz zur Kirche halten - aber eben Betroffene sind."

Zurückhaltend äußert sich auch die neue Unabhängige Beauftragte der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM), Kerstin Claus: ob es sich wirklich um eine Stärkung der Beteiligung Betroffener handele, könne sie noch nicht beurteilen. "Es stellen sich mir verschiedene Fragen, etwa welche Mitwirkungs- und Gestaltungsrechte Betroffene konkret erhalten und wie sie ihre Anliegen auch öffentlich sichtbar machen können.

Ehe und Familie

Warum Scheidung keine Option sein sollte

(IDEA) Scheidung sollte in einer Ehe „keine Option“ sein. Das sagt die Pastorin der International Christian Fellowship (ICF) Karlsruhe, Sibylle Beck, in der aktuellen Folge des IDEALISTEN-Podcasts der IDEA.

Gemeinsam mit ihrem Ehemann Steffen Beck leitet die 53-Jährige seit 2002 die Karlsruher Freikirche.

Sie gehöre noch zu einer Generation, deren Eltern sich in der Regel nicht hätten scheiden lassen, was sie als hohes Gut betrachte, so Beck. Wer christlich heirate, verspreche, dem Ehepartner bis zum Tod treu zu bleiben. Das bedeute, dass eine Scheidung keine Option sein sollte. Unter dieser Voraussetzung habe man dann nur die Wahl, sich in einer kriselnden Ehe einzurichten oder daran zu arbeiten. Ausnahmen sehe sie nur für Sonderfälle wie Ehebruch oder wenn Gewalt im Spiel sei. Eine Ehe sei immer auch anstrengend, aber sie biete zugleich eine Erfüllung, die keine andere Lebensform schenke.

Kinderhandel und Sklaverei – das Geschäft mit der Leihmutterschaft

(DemoFürAlle) Kein Kind darf gegen Geld gehandelt werden, so verspricht es die UN-Kinderrechtskonvention. Trotzdem boomt das Geschäft mit der Leihmutterschaft, bei dem wohlhabende, oft homosexuelle Paare, aber auch Einzelpersonen ihr Wunschbaby von einer fremden Frau austragen lassen – Wahl der Hautfarbe, des Geschlechts und des potentiellen IQs inklusive. Ein besonders beliebtes Land dafür ist die Ukraine. Mit Ausbruch des Krieges ist dieses Geschäft allerdings vorerst zum Erliegen gekommen. Denn derzeit warten hunderte bestellte Säuglinge in Luftschutzkellern vergeblich auf die Abholung durch die Bestellereltern sowie unzählige schwangere Leihmütter auf die Geburt der bestellten Babys. Die Frauen dürfen das Land nicht verlassen. Denn, so warnte die größte ukrainische Leihmutter-Agentur *BioTexCom* kürzlich auf Facebook ihre Kunden: "Die Geburt des Kindes außerhalb der Ukraine ist nicht legal. Die Leihmutter wird als Mutter gelten und der Versuch der Übergabe des Kindes als Kinderhandel bezeichnet".

Diese Situation wirft ein grelles Schlaglicht darauf, wohin es führt, wenn Kinder wie eine Ware behandelt und Familiengründung zum Vertragswerk degradiert werden. Doch anstatt diesem menschenunwürdigen Geschacher mit Babies entgegenzuwirken, will die Ampelregierung in Deutschland laut Koalitionsvertrag die Legalisierung von Leihmutterschaft auch bei uns voranbringen.

Parallel erschallt in der deutschen Presse der Ruf nach legaler Leihmutterschaft immer lauter, mit der widersinnigen Behauptung, prekäre Situationen wie in der Ukraine könnten so künftig vermieden werden. Dabei ist es ja umgekehrt erst die Leihmutterschaft, die den Kinderhandel und die Ausbeutung von Frauen mit sich bringt.

Kampf für ungeborene Kinder

Zahl der erfassten Abtreibungen gesunken

(IDEA) Die Zahl der gemeldeten Abtreibungen in Deutschland ist im Jahr 2021 auf 94.600 gesunken – ein Minus von 5,4% gegenüber dem Vorjahr. Das teilte das Statistische Bundesamt (Wiesbaden) am 7. April mit. Im Jahr 2020 hatte der Rückgang lediglich 0,9% betragen. Anhand der vorliegenden Daten sei keine eindeutige Ursache für die Entwicklung zu erkennen, so das Bundesamt.

70% der Frauen, die eine Abtreibung durchführen ließen, waren zwischen 18 und 34 Jahre alt, 19% zwischen 35 und 39 Jahre alt, 8% waren 40 Jahre und älter, 3% jünger als 18 Jahre. Etwa 41% der Frauen hatten vor der Abtreibung noch kein Kind zur Welt gebracht. 96% aller Abtreibungen wurden nach der Beratungsregelung vorgenommen. Indikationen aus medizinischen Gründen und aufgrund von Sexualdelikten waren in 4% der Fälle maßgeblich. 52% der Abtreibungen wurden mit der Absaugmethode durchgeführt. Bei 32% wurde die Abtreibungspille Mifegyne benutzt.

Bundesverband Lebensrecht: Es werden nicht alle Abtreibungen erfasst

Die Vorsitzende des Bundesverbandes Lebensrecht, Alexandra Linder sieht trotz des Rückgangs keinen Anlass zum Optimismus, da nicht alle Abtreibungen erfasst würden. Außerdem stiegen die Zahlen der Spätabtreibungen und der Abtreibungen nach Vergewaltigung: „Beides sind Negativindikatoren für den Zustand unserer Gesellschaft.“

Ferner lägen die Verkaufszahlen der „Pille danach“ seit Jahren im hohen sechsstelligen Bereich (2019 über 830.000). Darunter falle nicht nur tatsächliche Verhütung, sondern auch mit einem gewissen Prozentsatz Frühabtreibung, da die Pillen je nach Einnahmezeitpunkt zwischen Befruchtung und Einnistung des Kindes in die Gebärmutter wirken können. Diese Pillen würden vor allem von jungen Frauen statt einer regelmäßigen Verhütungsmethode verwendet, ungeachtet der durch die hohe Hormongabe bestehenden Gefahren.

Linder gibt ferner zu bedenken, dass Begegnungsmöglichkeiten junger Leute durch geschlossene Clubs, Diskotheken und ausgefallene Feste im Corona-Jahr 2021 sehr eingeschränkt waren. Deshalb sei es zu deutlich weniger überraschenden Schwangerschaften gekommen.

Ein „hoffentlich wirklich positiver Wandel“ zeige sich in der etwas gestiegenen „Freude am Kind“. Er drücke sich in teils höheren Geburtenzahlen bei Paaren vor allem in den Dreißigern aus.

Ein „Recht“ auf Abtreibung?

(IDEA) Der französische Präsident Emmanuel Macron hat im Europäischen Parlament gefordert, ein „Recht auf Abtreibung“ in die Grundrechtecharta der EU aufzunehmen. Dazu ein Kommentar von IDEA-Redakteur Daniel Scholaster:

Kann es ein Recht darauf geben, einen anderen Menschen zu töten? Jahrhundertlang haben die meisten Staaten diese Frage eindeutig bejaht. Die Todesstrafe wird noch heute in vielen Ländern der Erde vollstreckt. In der Europäischen Union ist sie geächtet. Doch nun fordert der französische Präsident, ein „Recht auf Abtreibung“ in der Grundrechtecharta der EU zu verankern. Das würde jedoch das darin ebenfalls aufgeführte „Recht auf Leben“ (Artikel 2) ad absurdum führen.

Macron ignoriert, dass ein Schwangerschaftskonflikt immer zwei Seiten berührt. Nicht nur die werdende Mutter, sondern auch das in ihr heranwachsende Kind hat ein Recht, geschützt zu werden. Christen wissen, dass jeder Mensch ein von Gott nach seinem

Ebenbild geschaffenes Wesen ist, das immer eine unveräußerliche Würde hat. Doch im sich rasant säkularisierenden Europa schwindet dieses Bewusstsein zusehends. Wir steuern auf eine Gesellschaft zu, in der der Wert eines Menschen zunehmend an dessen Gesundheit und Leistungsfähigkeit gemessen wird. Das zeigt sich auch am Umgang mit anderen Themen wie der Selektion von behinderten Kindern im Mutterleib oder der Sterbehilfe.

Wenn sich diese Entwicklung fortsetzt, wird das Recht auf Leben irgendwann nur noch für die gelten, die es selbst verteidigen können. Eine furchtbare Vorstellung.

2.000 Teilnehmer beim „Münchner Marsch fürs Leben“

(IDEA) Etwa 2.000 Menschen haben am 19. März beim „2. Münchner Marsch fürs Leben“ für den Schutz ungeborener Kinder und gegen Sterbehilfe demonstriert. Veranstalter der Kundgebung in der Innenstadt war der katholische Verein „Stimme der Stillen“. Dessen Vorsitzende Silja Fichtner nannte den Marsch in der Landeshauptstadt ein „wichtiges Signal für den Lebensschutz in Deutschland und ein eindringliches Zeichen an die Politik“. Wie sie in einer Pressemitteilung weiter schreibt, war eine „Haupttriebfeder“ für die Teilnehmer die von der Bundesregierung beschlossene Streichung des Werbeverbots für Abtreibungen (§ 219a StGB).

Hilfe für ein „Ja zum Leben“

Fichtner zufolge ist der Gesetzentwurf ein Schritt, Abtreibungen künftig zu legalisieren und als „normale Gesundheitsleistung“ zu behandeln. Sie warb dafür, Müttern und Vätern im Schwangerschaftskonflikt in christlicher Nächstenliebe dabei zu helfen, „ein Ja zum Leben ihres Kindes“ zu bekommen. In einem verlesenen Grußwort betonte der katholische Bischof von Passau, Stefan Oster, der „unbedingte Schutz des menschlichen Lebens ist ein zentrales Anliegen unseres Glaubens“.

Lebensrechtsinitiativen unterstützten den Marsch

Den Münchner Marsch unterstützten auch andere Lebensrechtsinitiativen, darunter die „Aktion Lebensrecht für alle“ (ALFA) und deren Initiative „Jugend für das Leben“, die Initiative „1000plus“ der christlichen Beratungsorganisation „Pro Femina“, die Christdemokraten für das Leben (CDL), die überkonfessionelle Gruppe „Sundays For Life“ die Arbeitsgemeinschaft Lebensrecht München (ALM) sowie der theologisch-konservative Arbeitskreis Bekennender Christen in Bayern (ABC).

Der nächste „Münchner Marsch fürs Leben“ findet am 25. März 2023 statt.

Mehrere Gegendemonstrationen

Im Vorfeld hatte das Bündnis „Für das Paradies auf Erden“ aus feministischen und linksgerichteten Gruppen zu Gegenaktionen aufgerufen, darunter die „Antisexistische Aktion München“ und die „antifa nt - autonome Antifa München“. Laut Polizei versammelten sich bis zu 190 Personen bei zwei Gegendemonstrationen. Etwa 40 Personen rannten aus einem Gebäude gezielt auf den Demonstrationszug der Lebensschützer zu. Sie konnten von der Polizei an der Blockade des Marsches gehindert werden. Etwa 400 Polizisten waren im Einsatz.

Nimmt die EKD die Aufweichung des Lebensschutzes klaglos hin?

(IDEA) Die Bundesregierung hat im März die Abschaffung des § 219a Strafgesetzbuch (Werbeverbot für Abtreibungen) auf den Weg gebracht. Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) hat nicht darauf reagiert. IDEA hat deshalb eine Umfrage unter allen 20 Leitern der EKD-Gliedkirchen gestartet. Zu den Ergebnissen ein Kommentar von IDEA-Redakteur Daniel Scholaster:

„Schwangerschaftsabbruch soll nach Gottes Willen nicht sein.“ So haben es die evangelische und katholische Kirche 1989 in einer gemeinsamen Erklärung festgehalten. Seit Entstehung der christlichen Kirche war es immer Konsens, dass vorgeburtliche Kindstötungen Sünde und zu verhindern sind. Die katholische Kirche und mit ihr die große Mehrheit der weltweiten Christenheit bekräftigen diesen Anspruch bis heute. Der Vorsitzende der kath. Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Georg Bätzing, hat sich entsprechend deutlich gegen eine Abschaffung des § 219a ausgesprochen.

Leider vermisst man solche deutlichen Worte bei der EKD. Stattdessen hat die pfälzische Kirchenpräsidentin Dorothee Wüst den Wegfall des Paragrafen sogar ausdrücklich begrüßt, da es Frauen möglich sein müsse, sich über Abtreibungen auf den Webseiten der Ärzte zu informieren.

Klare Positionierungen sind selten

Man muss Wüst und den anderen Kirchenleitern in der EKD zugutehalten, dass keiner von ihnen marktschreierische Werbung für Abtreibungen gutheißt. Allerdings vermeiden viele eine klare Positionierung, wie eine IDEA-Umfrage unter den leitenden Geistlichen ergeben hat. Obwohl Frauen sich bereits jetzt mit wenigen Klicks im Internet über Abtreibungen informieren können, wurde in fast allen vorliegenden Stellungnahmen betont, dass ausreichende Informationen wichtig seien.

Viele Kirchenleiter äußerten sich überhaupt nicht. Mehrere teilten zwar mit, dass sie ein Werbeverbot für richtig halten, vermieden aber ausdrückliche Kritik an der Abschaffung von § 219a. Hierbei bildet der sächsische Landesbischof Tobias Bilz eine löbliche Ausnahme. Er ist bislang der einzige amtierende evangelische Kirchenleiter, der den Wegfall gegenüber IDEA ausdrücklich bedauerte. Es hat ganz den Anschein, als ob sich sonst keiner der Bischöfe mit einer allzu deutlichen Aussage aus dem Fenster lehnen möchte.

Will man keine Haltung zeigen?

Dabei wäre die aktuelle Situation eine gute Möglichkeit, die vielbeschworene Haltung zu zeigen und sich klar zugunsten des Lebens zu positionieren – was die EKD-Kirchenleiter ja ständig tun, wenn es darum geht, sich gegen den Klimawandel auszusprechen. Dabei müssen sie aber auch nicht mit Gegenwind rechnen, da ein Großteil der Medien den Kampf gegen die globale Erwärmung unterstützt.

Wer sich aber klar gegen vorgeburtliche Kindstötungen ausspricht, riskiert heftigen Widerspruch, auch innerkirchlich. Schließlich ist die Frauenversammlung der EKBO bereits einen Schritt weitergegangen und hat nicht nur die Streichung des Paragrafen 219a, sondern auch gleich die des § 218 gefordert. Bischof Christian Stäblein hat dazu geschwiegen – entweder weil er zustimmt oder den Konflikt mit dem Gremium scheut. Von der evangelischen Kirche ist also leider wenig Widerstand zu erwarten, wenn die Bundesregierung den Lebensschutz für Ungeborene weiter aushöhlt.

Aufgelesen

Das ‚C‘ ist kein Wohlfühlfaktor, sondern ein Stachel (IDEA) Das ‚C‘ im Parteinamen CDU ist kein Wohlfühlfaktor, sondern ein Stachel. Diese Ansicht vertritt der religionspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thomas Rachel in einem Interview mit IDEA.

Ihm zufolge fordert das ‚C‘ heraus, das eigene Denken und Handeln „im Lichte der Verantwortung vor Gott und den Menschen zu hinterfragen und sich gegebenenfalls zu korrigieren“. Zur Forderung, auf das ‚C‘ zu verzichten, um mehr Wähler zu erreichen,

sagte Rachel, damit würde die CDU sich selbst abschaffen. Die Union sei „eigentlich eine revolutionäre Bewegung“. In ihr fänden sich Christen unterschiedlicher Konfessionen. Die CDU habe mit Ihrer Gründung die Ökumene, die in den Kirchen erst Jahrzehnte später gewachsen sei, bereits vorweggenommen.

Anteil der Christen im Parlament nimmt ab

Rachel kündigte an, als religionspolitischer Sprecher die Rolle von Religion in Gesellschaft und Politik stärken zu wollen. Das Wissen, dass man als Politiker nur für die vorletzten Dinge zuständig sei und sich vor einer höheren Instanz verantworten müsse, mache demütiger.

Zudem trete er für Religionsfreiheit weltweit ein, so Rachel. Dies sei ein fundamentales Menschenrecht. Das betreffe besonders verfolgte Christen, weil sie unter den Verfolgten die größte Gruppe bildeten. Es gelte aber genauso für Angehörige anderer Religionen, etwa für die (muslimischen) Uiguren in China.

Rachel gehört seit 1994 dem Deutschen Bundestag an, ist Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU und Mitglied im Rat der EKD.

Literaturhinweise

Der Arbeitskreis Württemberg des Netzwerks Bibel und Bekenntnis hat eine Broschüre herausgegeben in der erklärt wird, warum die Auseinandersetzung um die Gender-Sternchen keine belanglose Nebensache ist.

Sie können sie kostenlos bestellen über versand@bibelundbekenntnis.de oder herunterladen von der Internetseite www.bibelundbekenntnis.de/ak-wuerttemberg/was-gegen-die-genderisierung-der-kirche-spricht/

IDEA ist eine unabhängige evangelische Nachrichtenagentur, die dazu beitragen möchte, engagierte Christen über Ereignisse und Entwicklungen in der christlichen Welt zu informieren, die für ihr Christsein bedeutsam sind. Sie möchte dabei auch eine Brücke bauen zwischen Christen verschiedener Prägungen.

IDEA Das Magazin erscheint wöchentlich (48 Hefte p.a.) mit aktuellen Informationen, Reportagen und Hintergrundberichten.

Abo-Kosten monatlich (inkl. Versandkosten innerhalb Deutschlands):

€ 10,95 **IDEA Das Magazin (gedruckte Ausgabe)**

€ 8,00 **IDEA Digital** (E-Paper, App für Tablet-PC und Smartphone)

€ 11,95 **IDEA PREMIUM** (Print- und Digitalabo)

Ermäßigte Preise für Schüler, Studenten usw. auf Anfrage

Sie können IDEA Das Magazin unter www.idea.de/premium kostenlos vier Wochen testen.

Informationen und Bestellungen sind telefonisch oder per E-Mail/Internet möglich:

Tel. (06441) 915 – 0 / aboservice@idea.de / www.idea.de

Zum Nachdenken

Ein Gebet, zugeschrieben der Benediktiner-Äbtissin Hildegard von Bingen, die im 12. Jhdt. lebte und gelegentlich Beraterin von Kaiser Friedrich I. (Barbarossa) war:

*Gott gib mir die Gelassenheit, Dinge hinzunehmen, die ich nicht ändern kann,
den Mut, Dinge zu ändern, die ich ändern kann,
und die Weisheit, das eine vom anderen zu unterscheiden.*

Abs. Lebendige Gemeinde München e.V.
p.a. Pfr. Dieter Kuller
Grünwalder Str. 103 c, 81547 München
www.lgm-info.de

Wir danken den Lesern und Leserinnen, die mit ihren Spenden z.T. seit vielen Jahren die Herausgabe des InfoBriefes ermöglichen, und damit einen für Viele wichtigen Dienst in unserer Kirche unterstützen.

Deutsche Post

Anrede
 Titel
 Vorname, Name
 Straße
 PLZ Ort

In eigener Sache

Wofür wir arbeiten:

Die Arbeitsgemeinschaft „Lebendige Gemeinde“ wendet sich an evangelische Christen, die sich nach wie vor an das biblische Zeugnis im reformatorischen Verständnis gebunden wissen.

Sie will die Meinungsbildung fördern, den Mut zur Verantwortung stärken und der Resignation entgegenwirken.

Sie will dazu beitragen, dass Jesus Christus die alleinige Mitte der Kirche bleibt.

Sie tritt ein für:

- eine Rückbesinnung auf die biblische Heilsbotschaft von Kreuz und Auferstehung

Sie wehrt daher:

- der Reduzierung und Umdeutung der biblischen Botschaft
- einem uferlosen Pluralismus im kirchlichen Bereich
- der Vermischung von Bekenntnisaussagen mit wechselnden Ansichten moderner Zeitströmungen

Impressum

Die Informationsbriefe werden von der als gemeinnützig anerkannten LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN e.V. herausgegeben.

ViSdP Pfr. Dieter Kuller, Grünwalder Str. 103 c, 81547 München, Tel. 089/591029, Fax 089/45 24 06 84; eMail: lgm-mail@gmx.de; Internet: www.lgm-info.de

Unsere Bankverbindung: Evangelische Bank eG BIC: GENODEF1EK1, IBAN: DE93520604100003403904 (Überweisungsträger in der Mitte des Heftes).

Bis € 200 genügt der Überweisungsbeleg/Zahlschein als steuerlich absetzbare Zuwendungsbestätigung; ab € 100 erhalten Sie bei Angabe Ihrer vollständigen Anschrift unaufgefordert eine gesonderte Zuwendungsbestätigung.

Druck: Die Ausdrucker UG, München, Internet: www.dieausdrucker.de

Der InfoBrief kann bei Pfarrer Dieter Kuller kostenlos nachbestellt werden.